



 THEMENDOSSIER

# Armutsprävention im Spiegel kommunaler Bildungslandschaften

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

deutsche kinder-  
und jugendstiftung



Transferinitiative  
Kommunales  
Bildungsmanagement

Agentur Großstädte

# Impressum

## Herausgeberin

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH  
Tempelhofer Ufer 11  
10963 Berlin

## Redaktion

Sarah Kabel

## Gestaltung

Studio GOOD, Berlin

## Druck

FLYERALARM GmbH

## Bildnachweis

Cimen, Ubeyde (S. 2 (Porträt Röber))  
DKJS (S. 2 (Porträt Andresen), 21)  
Golden Eye (S. 33)  
photoresque GmbH (S. 30 (Porträt Hentschel))  
Scheffka, Frank (Titelbild, S. 2 (Porträt März),  
4, 12, 13, 16, 18, 23, 35)

Die Transferagentur für Großstädte der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung unterstützt Städte beim Aufbau eines datengestützten Bildungsmanagements. Sie wird als Vorhaben der „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“ aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

Partner sind die Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., die Bürgerstiftung Bremen, die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, die Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg und die Bremer Senatorin für Kinder und Bildung.

[www.transferagentur-grossstaedte.de](http://www.transferagentur-grossstaedte.de)

Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) setzt sich für Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen ein. Für dieses Ziel bringt die DKJS Akteure aus Staat, Wirtschaft, Praxis und Zivilgesellschaft zusammen und entwickelt mit ihnen praktische Antworten auf aktuelle Herausforderungen im Bildungssystem.

[www.dkjs.de](http://www.dkjs.de)

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.



## Themendossier



von Dr. Daniel März, Lukas Röber und Nicola Andresen,  
Transferagentur für Großstädte

Stand: November 2020

Alle Themendossiers der Transferagentur für Großstädte finden Sie unter [www.transferagentur-grossstaedte.de/publikationen](http://www.transferagentur-grossstaedte.de/publikationen)

# Inhalt

- 05 Einleitung: Bildungslandschaften und kommunale Armuts politik
- Kapitel 1: Blick in die Theorie**
- 07 Armutsprävention rückt immer stärker in den Fokus von Großstädten
- 13 Präventionsketten: Was Kommunen tun können, um den möglichen Folgen von Kinder- und Jugendarmut frühzeitig zu begegnen, Beitrag von Alexander Mavroudis, LVR-Koordinierungsstelle Kinderarmut
- 19 Präventionsketten und DKBM: Zwei Seiten einer Medaille kommunaler Armutsprävention
- Kapitel 2: Seitenblick**
- 21 Kommunale Armutsprävention als Auftrag für das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen
- 24 Praxisbeispiele der Armutsprävention aus den Bereichen Gesundheit und Bildung
- Kapitel 3: Blick in die Praxis**
- 26 Prävention im Sozialraum: Gesamtstädtisch planen, lokal umsetzen
- 28 „Communities That Care“ in Augsburg
- 30 „Communities That Care“ als Zeichen für den kulturellen Wandel in der Verwaltung, Interview mit Janina Hentschel und Dr. Martina Schliessleder, Stadt Augsburg
- Kapitel 4: Ausblick**
- 33 Mythos Armutsprävention: „Mit Bildung lassen sich nur die Probleme lösen, die auch dadurch verursacht werden“
- 35 Anstelle eines Fazits
- 36 Endnoten





# Einleitung: Bildungslandschaften und kommunale Armutspolitik

In unserem wohlhabenden Land lebt etwa jedes fünfte Kind in finanziell armen Verhältnissen. Das sind ca. 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.<sup>1</sup> Das ist kein neuer Befund: Seit vielen Jahren liegt die Kinder- und Jugendarmut trotz einer langen guten wirtschaftlichen Entwicklung auf einem hohen Niveau und bleibt ein strukturelles Problem.

Blickt man auf Großstädte, bietet sich meist eine Fülle von Angeboten und Maßnahmen für (benachteiligte) Kinder, Jugendliche und Eltern. Das Ziel dieser Angebote ist, der Armut und Bildungsbenachteiligung der Betroffenen entgegenzuwirken und vorzubeugen. Sie werden häufig aus unterschiedlichen kommunalen Ressorts verantwortet, von unterschiedlichen Trägern umgesetzt und sind mit unterschiedlichen Finanzierungen ausgestattet.

Wegweisend für viele Angebote ist der präventive Grundgedanke: durch frühzeitige Interventionen positiv Einfluss auf die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen in Themenfeldern wie Bildung und Gesundheit zu legen. Es geht also um kommunale Armutsprävention. Das heißt, die möglichen Folgen von Armut frühzeitig zu erkennen und für Unterstützungsangebote in den relevanten Handlungs- und Politikfeldern zu sorgen. Dabei ist Armutsprävention nicht nur ein Auftrag für die kommunale Sozial- und Familienpolitik, sondern auch für die Jugendhilfe, Stadtentwicklung, Sportpolitik, Gesundheitsförderung und insbesondere für den Bildungsbereich. Ein koordiniertes Zusammenspiel und Ineinandergreifen von verschiedenen Akteurinnen und Akteuren, Ansätzen und Handlungsperspektiven in unterschiedlichen Feldern der sozialen Praxis in den Kommunen ist damit essenziell.

Eine Kommune kann Armut auf ganz unterschiedlichen Handlungsfeldern vorbeugen: Politisch-administrative Rahmenbedingungen, Sozialberichterstattung und sozialräumliche Steuerung, Partizipation, soziale Stadtentwicklung, Quartierszentren, Sozialpässe und Teilhabeförderung, Frühe Hilfen, Kindertagesbetreuung und Elternarbeit, Prävention von Schulabsentismus, schulische Gewalt- und Suchtprävention sowie Netzwerke und Kooperation sind nur einige wenige Handlungsfelder in diesem Kontext.

Kommunale Armutsprävention ist ein Querschnittsthema und die Bearbeitung solcher Themen nicht immer leicht. So müssen neue Formen der Kooperation zwischen den unterschiedlichen Verantwortlichen und Verwaltungseinheiten entwickelt, erprobt und schließlich umgesetzt werden. Dies stellt im Hinblick auf Planung und Steuerung von Armutsprävention eine große Herausforderung an die Verwaltung. Denn Querschnittsthemen liegen in der Federführung unterschiedlicher Ressorts. Zudem organisieren die zuständigen Fachämter integrierte Handlungskonzepte und aufwändige Konferenzsysteme. Der Abstimmungsbedarf zwischen den Verantwortlichen wächst. Und insgesamt ist die Zuständigkeit für die Planung und Koordinierung konkreter Maßnahmen dadurch nicht immer eindeutig.

Es sollte also darum gehen, die Potenziale der vielen unterschiedlichen Angebote zu nutzen, um programm-, ämter- und zuständigkeitsübergreifende Ansätze zu entwickeln und aufeinander abzustimmen, die den verschiedenen Ausgangslagen in den Kommunen gerecht werden und dabei die unterschiedlichen Bedarfe der Zielgruppen und Interessen der Akteure gut miteinander in Einklang bringen.

Die in diesem Dossier zusammengestellten Beiträge spiegeln einen Erkenntnisprozess wider, der im Rahmen des Großstadtnetzwerks der Transferagentur für Großstädte zum Thema „Kommunale Prävention als Gegenstand des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements“ in Duisburg im Oktober 2019 angestoßen wurde. Das Themendossier widmet sich Ansätzen der kommunalen Armutsprävention von ihrer theoretischen und praktischen Seite.

Dem Thema der kommunalen Armutsprävention nähert sich das Dossier von zwei Richtungen: erstens aus einer übergeordneten Perspektive, in der wir nach der grundsätzlichen Entwicklung und Relevanz kommunaler Armutsprävention fragen. Wie hat sich das kommunale Engagement gegen Kinderarmut entwickelt und welche Erfahrungen gibt es? Dazu betrachten wir Bildung immer als ein zentrales Handlungsfeld bei der Bearbeitung von Kinder- und Jugendarmut. Und zweitens aus einer strukturellen Perspektive: Welche Möglichkeiten bieten sich Kommunen bei der Prävention von Kinder- und

Jugendarmut an. Zwei Ansätze wollen wir in den Mittelpunkt stellen: einerseits der Ansatz des Aufbaus von Präventionsketten und andererseits der Ansatz eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements (DKBM). Trotz einer – das kann vorweggenommen werden – großen Schnittmenge werden Präventionsketten und DKBM bisher nur wenig im fachlichen Diskurs zuein-

ander ins Verhältnis gebracht. Neben diesen beiden Ansätzen schauen wir uns die Augsburger Präventionsstrategie „Communities That Care“ (CTC) genauer an. Das Beispiel aus Augsburg steht für einen Präventionsansatz, der in den Stadtteilen umgesetzt wird und in seinen Strukturelementen denen eines DKBM nicht unähnlich ist.

## Zu den einzelnen Beiträgen

**Daniel März** gibt in seiner thematischen Einführung einen Überblick über unterschiedliche Zugänge und Entwicklungen von Armutsprävention und geht den Fragen nach, wie sich der öffentliche und politische Diskurs zu Kinderarmut und Bildungsarmut entwickelte und wie es zu einer zunehmenden Regionalisierung dieser Themen kam. Warum die Großstadt immer mehr als lokaler Sozialstaat agiert und welche Bedeutung Armutspräventionsansätze einnehmen.

„**Was Kommunen tun können, um frühzeitig den Folgen von Kinder- und Jugendarmut zu begegnen**“, ist die Ausgangsfrage des Beitrags von **Alexander Mavroudis**. Seine Ausführungen basieren auf Erfahrungen aus der Begleitung von Kommunen im Rheinland beim Auf- und Ausbau von Präventionsketten durch die Koordinationsstelle Kinderarmut des Landschaftsverbands Rheinland (LVR). Zugleich stellt er Bezüge zur Entwicklung von Bildungslandschaften und regionalen Bildungnetzwerken her, da er hier wichtige Überschneidungen in den Entwicklungsprozessen und Zielen sieht. Dabei hebt Mavroudis hervor, dass es vielerorts noch nicht gut gelungen ist, die Strukturen gemeinsam in den Blick zu nehmen und in ein kommunales Gesamtkonzept zu integrieren. Mavroudis macht auch stark, dass bei der Begründung und Umsetzung von Strategien kommunaler Armutsprävention der Erfolg nicht daran gemessen werden kann, ob weniger Kinder in finanzieller Armut aufwachsen. Dies liege nicht in der Gestaltungsmacht der Kommunen. Sie könnten aber die möglichen Folgen von finanzieller Armut für gelingendes Aufwachsen

frühzeitig erkennen und für die Unterstützungsangebote in den relevanten Handlungs- und Politikfeldern sorgen.

Der Zusammenhang von Gesundheit und Armut ist eine wichtige Perspektive im Bereich der Armutsprävention und Gesundheitsfragen sind in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Ein gesundes Aufwachsen gilt in Deutschland als hohes soziales Gut. Es stellt bereits für die Jüngsten die Basis für gesellschaftliche Teilhabe, Integration und individuelle Selbstentfaltung dar. Dabei haben nicht alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen, ein gesundes Leben zu führen, wie **Nicola Andresen** in ihrem Beitrag aufzeigt.

In unserem Blick in die Praxis stellen wir Ihnen die kommunale Präventionsstrategie „Communities That Care“ (CTC) vor. Die Stadt Augsburg implementiert CTC gesamtstädtisch als eine der ersten Großstädte in Deutschland. Was diese Präventionsstrategie ausmacht, wie sie sich gestaltet und welche Verbindungen zum Augsburger Bildungsmanagement und -monitoring bestehen, zeigt **Lukas Röber**. Im Interview schildern **Janina Hentschel** und **Martina Schliessler**, was das Besondere an CTC ist, was herausfordernd war bei der Einführung des Ansatzes und wie sie in die Zukunft blicken.

In der abschließenden Rubrik „Mythen der Bildungslandschaft“ geht **Anika Duveneck** dem sich hartnäckig haltenden Mythos nach, Bildung sei die Wunderwaffe gegen Armut. Gleichzeitig gibt sie einen Ausblick auf das realistische Präventionspotenzial, das von Bildungslandschaften ausgehen kann.

# Armutsprävention rückt immer stärker in den Fokus von Großstädten

Von Dr. Daniel März, Transferagentur für Großstädte

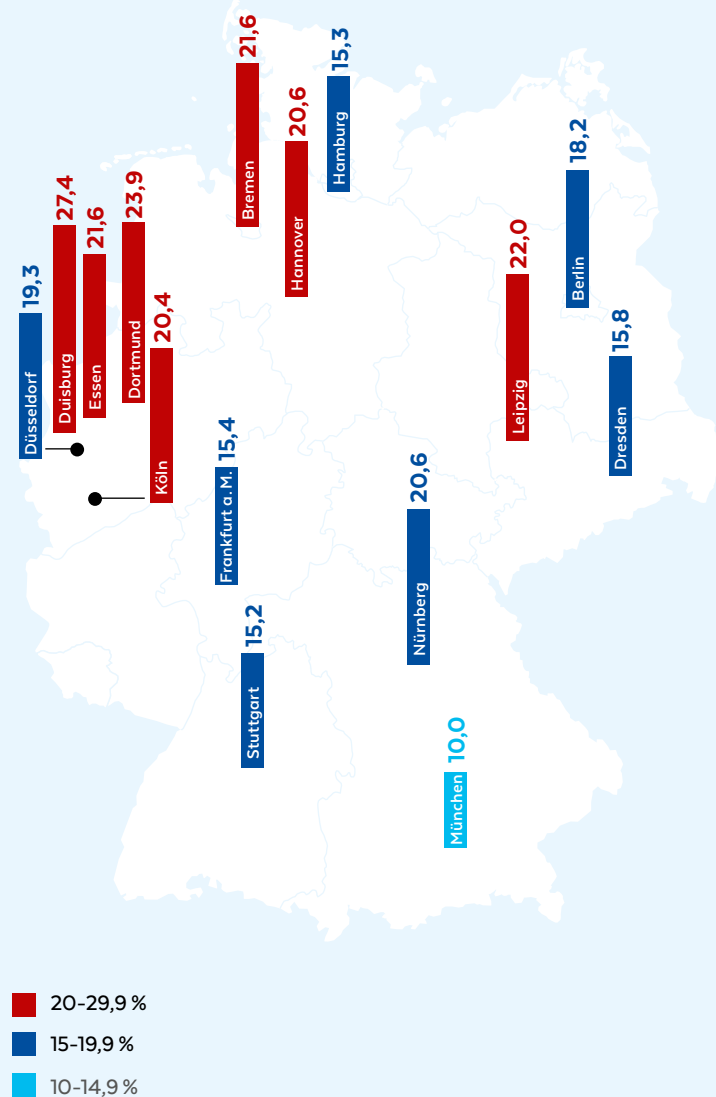
## Arme Großstädte, arme Kinder: eine Großbaustelle!?

In der Corona-Krise wurde wieder deutlich, welchen Stellenwert Kinder und ihr Wohlergehen in unserer Gesellschaft haben. Ihre Bedürfnisse standen erkennbar nicht im Fokus. Erst als Armutsforscher Wohlfahrtsverbände, Stiftungen und Kinderärzte auf die gravierenden Auswirkungen für (besonders arme und benachteiligte) Kinder und Jugendliche hinwiesen (bspw. Anstieg häuslicher und [sexueller] Gewalt<sup>2</sup>, Verschärfung der Bildungsgerechtigkeit) wurde eines immer deutlicher: dass man vor allem diese Gruppe der Gesellschaft weitestgehend vergessen hatte.<sup>3</sup>

Die Corona-Krise macht somit eines wieder sichtbar: Kinderarmut und ihre Wahrnehmung in unserem Sozialstaat fristen das Dasein eines „Schneeflockenthemas“<sup>4</sup>. Es verbreitet sich zwar regelmäßig im (kommunal)politischen Raum und in der interessierten (Fach-)Öffentlichkeit, gerne in der vorweihnachtlichen Zeit oder wenn ein neuer (kommunaler) Bildungs- und Armutsbericht veröffentlicht wird. Jedoch löst es sich zu schnell wieder auf – wie eine Schneeflocke, wenn sie die Hand berührt. Von Armut betroffene Kinder und Jugendliche können sich zwar des Mitgefühls ihrer gesellschaftlichen Umwelt gewiss sein, jedoch nicht eines hinreichenden gesamtgesellschaftlichen Veränderungswillens.<sup>5</sup>

Warum ist das so, wenn doch laut Bildungsbericht 2018<sup>6</sup> weiterhin ein Viertel der Minderjährigen in Deutschland von mindestens einer sogenannten Armutsrisikolage (sozial, finanziell, bildungsbezogen) betroffen ist? Besonders in den Großstädten ist das Armutsrisiko höher als in kleineren deutschen Kommunen. Dort treten die Verhältnisse sozialer Ungleichheit und Armut besonders deutlich hervor: durch eine räumliche Trennung von Eingewanderten und Einheimischen (ethnische Segregation), von Jung und Alt, kinderreichen und kinderarmen Haushalten (demografische Segregation) und vor allem durch eine räumliche Abgrenzung von Arm und Reich (soziale Segregation).<sup>7</sup> Die Bevölkerungsgruppe der Kinder und Jugendlichen ist davon besonders stark betroffen. In fast allen Städten gibt es Stadtteile, in denen die Kinderarmut auf hohem Niveau stagniert oder weiter ansteigt.

Abbildung 1:  
Allgemeine Armutsgefährdungsquote in den 15 größten Städten Deutschlands 2018<sup>8</sup>



## Der öffentliche und politische Diskurs um Kinder- und Bildungsarmut

Allerdings ist die Vorstellung falsch, Kinderarmut sei noch ein recht junges Armutsphänomen. Vielmehr sind Kinder im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen in Deutschland immer schon überdurchschnittlich stark von Armut betroffen. Zwar fällt für die ersten Jahrzehnte seit Bestehen der Bundesrepublik eine methodisch saubere Bestimmung der Kinderarmutszahlen schwer. Zu intransparent und methodisch mangelhaft erhoben sind damalige Studien. Dennoch entstanden Untersuchungen, die nicht nur Indizien für eine vergleichsweise hohe Kinderarmut lieferten, sondern verdeutlichten, dass damals wie heute die gleichen Haushalte überdurchschnittlich von Armut bedroht sind: vor allem Kinder alleinerziehender Mütter, Kinder aus Einwandererfamilien, kinderreiche Familien und Kinder aus Familien mit Sozialhilfe- und Sozialleistungsbezug.<sup>9</sup>

Die Sozialwissenschaften und interessierte Fachöffentlichkeit rückten die Armutsbetroffenheit von Kindern und Jugendlichen allerdings erst in den 1990er Jahren in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses und sprechen in Anlehnung an den Volkswirt Richard Hauser von einer zunehmenden „Infantilisierung der Armut“<sup>10</sup>. Sowohl die Mehrdimensionalität von Kinderarmut als auch die Hinwendung zu einer kindzentrierten Sichtweise des Kinderarmutsdiskurses wurden seitdem in den Blick genommen. Das beinhaltet nicht nur die finanzielle Ausstattung, sondern auch das Wohn-

umfeld, Gesundheit und Ernährung oder den Zugang und die Teilhabemöglichkeiten im (Aus-)Bildungsbereich.

2001 führte der sogenannte PISA-Schock im Bereich der Bildung zu einer deutlichen Hinwendung zum Thema der Bildungsungleichheit und -armut. Letzteres ist somit noch ein recht junges Konzept, das erst Ende der 1990er Jahre von der Sozialwissenschaftlerin Jutta Allmendinger<sup>11</sup> in die wissenschaftliche und politische Diskussion eingebracht wurde. Sie forderte vor allem eine stärkere Verknüpfung zwischen Sozial- und Bildungspolitik von Bund, Ländern und Kommunen. Da der deutsche Sozialstaat durch die föderale Aufteilung zwischen der Sozialpolitik (Zuständigkeit durch den Bund) und der Bildungspolitik (Zuständigkeit durch die Länder) geprägt ist, findet eine Verknüpfung beider Politikfelder nur unzureichend statt, so Allmendinger.

Ihre Forderungen zeigen sich auf der lokalen Ebene durch eine historisch gewachsene institutionelle Trennung der Zuständigkeiten und Aufgaben zwischen dem Bildungsbereich (Schulamt und Schulen) und dem sozialen Bereich (Jugendhilfe für Betreuung und öffentliche Erziehung), die sich als eine deutsche Eigentümlichkeit darstellt. Die Schule beschränkt sich weitgehend auf Bildung, sie hat nur einen begrenzten Erziehungsauftrag. Für bildungsbenachteiligte Risikogruppen, wie beispielsweise Schulverweigerer, wird deshalb nur eingeschränkt Verantwortung übernommen. Die Jugendhilfe wiederum ist für den sozialen Bereich verantwortlich, verfügt allerdings über keinen eigenständigen Bildungsauftrag.<sup>12</sup>

Abbildung 2:  
Sozialpolitische und bildungspolitische Kompetenzverteilung im Mehrebenensystem<sup>13</sup>

|                        | Sozialpolitik  | Bildungspolitik   |
|------------------------|--|---|
| <b>EU</b>              | Offene Methode der Koordinierung (OMK), Aktionsprogramme, Vorgaben und Fördermittel im Rahmen des ESF (als ergänzende, unterstützende und koordinierende Funktion) | OMK, Aktionsprogramme, Vorgaben und Fördermittel im Rahmen des ESF (als ergänzende, unterstützende und koordinierende Funktion)   |
| <b>Bund</b>            | legislativ teilzuständig   | Empfehlungen, Berichte und Förderprogramme (nur Modellförderung)  |
| <b>Länder</b>          | legislativ und administrativ teilzuständig   | zuständig für die Bildungsplanung im Rahmen der Kulturhoheit (pädagogische Inhalte und Personal), Fachaufsicht  |
| <b>Kommunen</b>        | exekutiv zuständig (präventive und fürsorgliche Aufgaben)  | zuständig für Schulbau und -ausstattung, teilweise Fachaufsicht (Schulbehörde); Schulen   |
| <b>Weitere Akteure</b> | Beteiligung der freien Wohlfahrtsverbände und anderer staatlicher und nicht-staatlicher Träger (nach Subsidiaritätsprinzip)  | Beteiligung der freien Wohlfahrtsverbände und anderer staatlicher und nicht-staatlicher Träger (z. B. bei Schulsozialarbeit) (nach Subsidiaritätsprinzip); Organisationseinheiten wie Bildungsbüros, Bildungsmonitoring, Sozialraumorientierung, Bereich außerhalb der Schule (bspw. frühkindliche Bildung, Ganzttag) |



## Die Großstadt als lokaler Sozialstaat und Taktgeberin kindlicher Lebensläufe

Bei der Bekämpfung von Kinderarmut ist insbesondere die bundes- und landespolitische Ebene aufgefordert zu handeln. Drei strukturelle Ursachen werden dazu immer wieder ins Feld geführt:

- die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses und die Zunahme prekärer Beschäftigung sowie des Ausbaus des Niedriglohnssektors,
- der Bedeutungsverlust der klassischen Familie und die Zunahme von Familien mit nur einem Elternteil
- und der Um- und Abbau des Sozialstaats.<sup>14</sup> Im Mittelpunkt stand hierbei die Überzeugung, Sozialausgaben auf ökonomische Gewinnerwartungen und einen wirtschaftlichen Nutzen hin auszurichten, ohne parallel eine signifikante Ausweitung finanzieller Leistungen für in Armut lebende Familien und ihre Kinder vorzusehen. Der Bereich der Bildungs- und Familienpolitik fungierte als zentraler Baustein dieser sozialinvestiven Steuerungsstrategie.<sup>15</sup> Besonders diejenigen Maßnahmen, die wiederholt als Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut ins Feld geführt werden: So sind das Ehegattensplitting und die Kinderfreibeträge steuerpolitischen Motiven untergeordnet. Das Kindergeld ist sozialpolitisch intendiert und die Schaffung haushaltsnaher Arbeitsplätze folgt einer arbeitsmarktpolitischen Logik. „Vätermonate“ wiederum sind aus geschlechterpolitischen Motiven entstanden und „Bildungspolitik wird völlig zu Unrecht der Familienförderung zugeordnet“.<sup>16</sup>

Auch wenn diese Herausforderungen nur bedingt auf kommunaler Ebene gelöst werden können, tragen Kommunen eine besondere Verantwortung, wenn es darum geht, die Folgen von Armut abzuschwächen und Kinder sowie Jugendliche vor Armut zu schützen. Denn sie ist zuständig für die soziale Daseinsvorsorge, Trägerin der Kinder- und Jugendhilfe, zentraler Entwicklungs-ort der Kinder und Jugendlichen und somit auch von Geburt an in besonderem Maße Taktgeberin kindlicher Lebensläufe.

Um Armutslagen vor Ort zu bearbeiten sind in der Kommune insbesondere die Sozialpolitik und Jugendhilfe, aber auch die lokale Bildungs-, Familien- und Sportpolitik sowie die Stadtentwicklung zuständig. Hierbei gilt es zu bedenken, dass die Kommunen bereits pflichtige Aufgaben im Bereich der Armutsbearbeitung haben. Sie sind also ohnehin in diesem Feld tätig.<sup>17</sup>

Kommunale Aufgaben werden unterschieden in:

- Auftragsangelegenheiten (z. B. Auszahlung von Wohngeld),
- in pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben (z. B. Gewährung von Sozialhilfe) und
- freiwillige Leistungen, über die die Kommunal-

vertretung nach eigenem Ermessen entscheidet (z. B. Angebote und Maßnahmen im Bildungsbereich, Sport- und Kulturangebote).

Daneben gibt es weitere wichtige lokale Initiativen und Programme der Zivilgesellschaft sowie die zahlreichen investitionsintensiven Angebote sozialer Träger und der freien Wohlfahrtspflege, die zweifelsohne einen erheblichen Beitrag zur kommunalen Armutsbekämpfung leisten.

## Arme Städte und reiche Städte

Wenn wir uns die Entwicklung der Armutsprävention anschauen, dann fällt auf, dass sie viele Jahre im Schatten eines stark am Wettbewerb ausgerichteten Staates („Fördern und Fordern“) und damit verbundenen Um- und Abbau des Sozialstaats diskutiert und ausgerichtet wurde. Auch auf kommunaler Ebene, wo der politische Diskurs zu bspw. Bildungsregionen eng mit der Frage um Standortsicherung und einer regionalen Wirtschaftsförderung gekoppelt war.

Seit einigen Jahren erkennt man jedoch die Tendenz, dass sich Kommunen und ihre Entscheidungsträgerinnen und -träger mehr und mehr um das Thema Prävention bemühen, um die Risiken insbesondere benachteiligter Gruppen abzumildern – etwa in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Dafür ist eine kommunale Infrastruktur notwendig, die sich durch gut aufeinander abgestimmte Prozesse und Programme innerhalb der Verwaltung und im Sozialraum auszeichnet.

Die Gefahr besteht allerdings darin, dass sich die kommunale Selbstverwaltung in Großstädten mit hoher Schuldenlast ausschließlich darauf fokussiert, die Pflicht- und Verwaltungsaufgaben zu erfüllen. Arme Kommunen sind höher verschuldet, müssen höhere pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben erbringen (z. B. Kosten von Sozialhilfe) und verzeichnen deutlich niedrigere Steuereinnahmen als finanziell gut ausgestattete Kommunen, wodurch sie insgesamt weniger Handlungsspielräume haben.<sup>18</sup> Dies kann die bereits bestehenden Ungleichheiten zwischen armen und reichen Städten verstärken, wenn finanzärmere Städte „nur“ ihre Pflichtaufgaben erledigen und finanzstärkere Städte sich zusätzlich im Bereich der freiwilligen Angebote (insbesondere im Bildungsbereich) engagieren können.

Auch die Zukunft kommunaler Haushalte ist ungewiss: So erwartet der Deutsche Städtetag infolge der Corona-Krise hohe Einbußen für die Kommunen. Es wird prognostiziert, dass die Einnahmen der wichtigsten städtischen Steuer (Gewerbesteuer) zwischen 15 bis 20 Prozent wegbrechen wird und Ausgaben durch steigende Arbeitslosenzahlen zunehmen.<sup>19</sup>

Natürlich kommt es nicht nur auf die Finanzkraft einer Kommune und die Ausstattung von Projekten an. Auch das Engagement, die Qualität und die Strukturen vor Ort können einen deutlichen Unterschied ausmachen. Aber gerade im Bildungsbereich sind Maßnahmen häufig sehr investitionsintensiv und hier stimmt das Sprichwort: „Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts“. Wenn Programme nicht mit den nötigen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet sind, dann ist Prävention schwierig umzusetzen.

Kommunale Verantwortungsträger stehen dabei unter steigendem Handlungsdruck. In Folge des wirtschaftlichen und sozialen (Struktur-)Wandels der vergangenen Jahrzehnte (z. B. im Ruhrgebiet) sehen sie sich zunehmend mit Prozessen konfrontiert, die die strukturelle und sozialräumliche Ungleichheit in ihren Städten fördern und die lokale Politik herausfordern. Insbesondere dem Problem der materiellen Armut von Familien und ihren Auswirkungen kommt dabei wachsende Bedeutung zu.

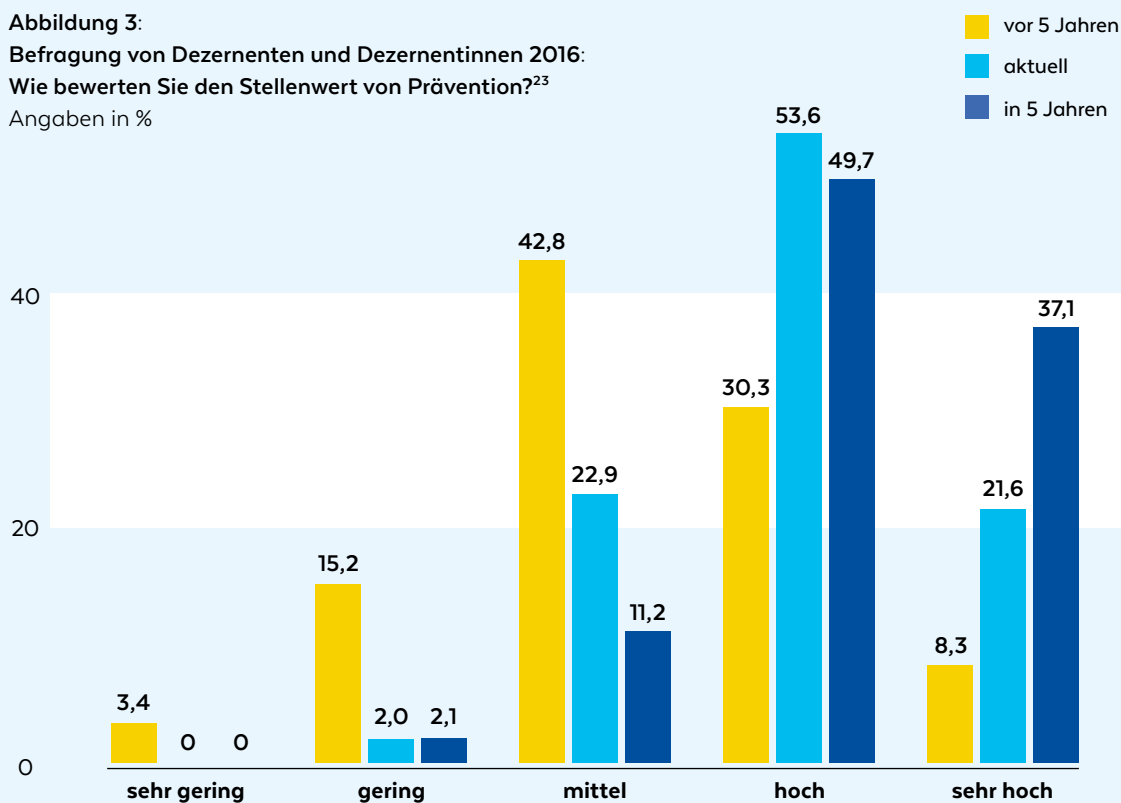
Auch im Bildungsbereich können wir seit dem schlechten Abschneiden Deutschlands bei den Bildungsvergleichsstudien der 2000er Jahre, wie PISA, IGLU und DESI-Studie, eine zunehmende bildungspolitische Relevanz der lokalen Ebene und eine damit verbundene Regionalisierung der Bildung erkennen. Diese Entwicklung zeigt sich u. a. durch eine steigende Zahl

an Bildungsakteuren, die in Arbeitskreisen, Bildungnetzwerken und Fachausschüssen zusammenarbeiten.<sup>20</sup>

### Prävention gewinnt an Bedeutung

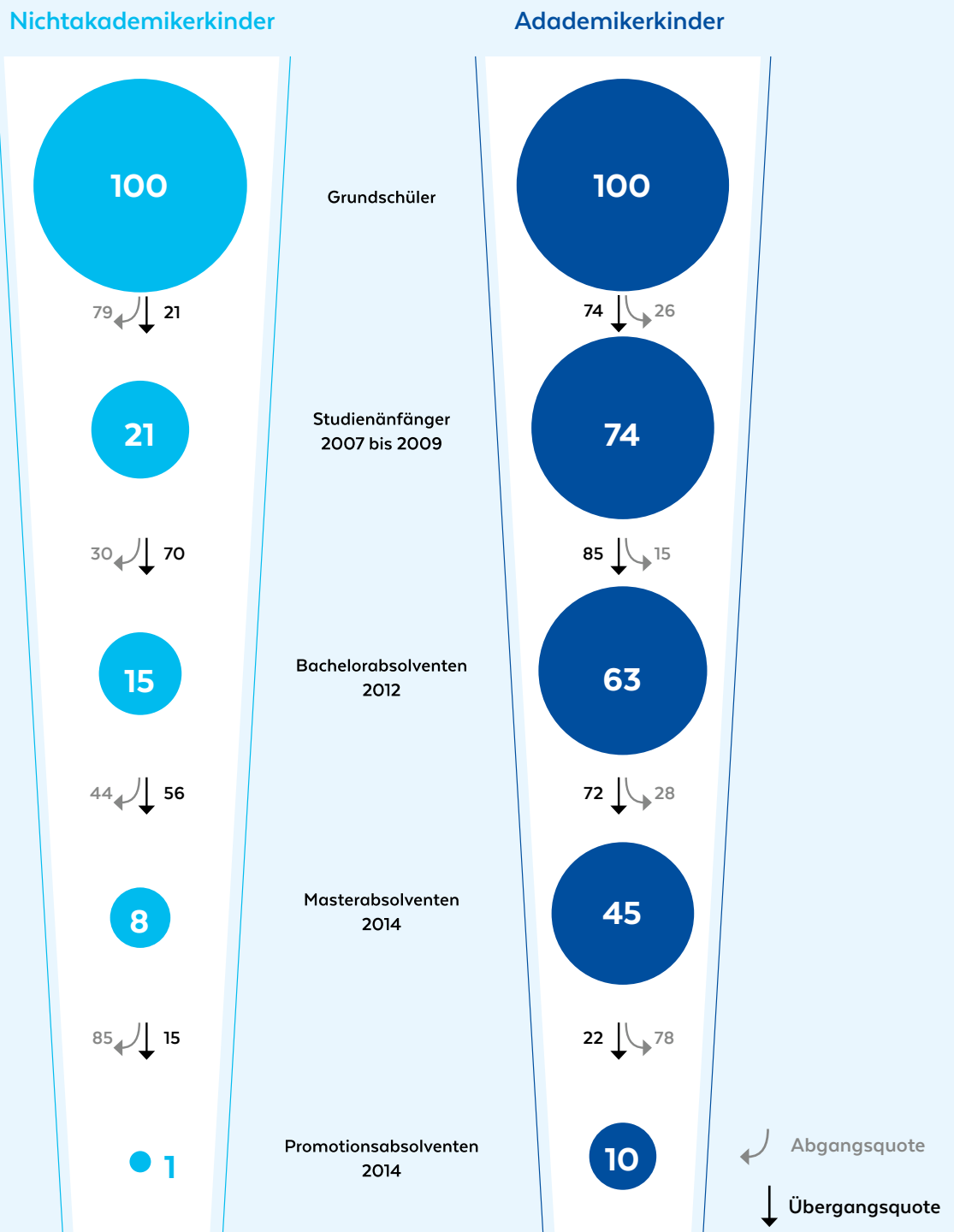
Beide Themenstränge – Bildungs- als auch Armuts politik – verlaufen nicht nur parallel zueinander, sondern müssen daher zusammengedacht werden. Beinahe jede vierte Großstadt (22 Prozent der in einer Studie der Bertelsmann Stiftung (2018) befragten Verwaltungsspitzen) betrachtet Armut – und somit auch Bildungsarmut – mittlerweile als „ein großes“ oder „sehr großes Problem“, während das über alle Kommunen betrachtet nur für sechs Prozent gilt – hier zeigt sich, je größer die Kommune, desto höher die Relevanz des Themas Armut.<sup>21</sup> Diese zunehmende Sensibilisierung mag auch damit zusammenhängen, dass die Stadtbevölkerung einen subjektiven Anstieg von (Bildungs-)Armut in ihren Städten wahrnimmt und beklagt. Auffällig dabei ist: Je größer die Stadt, umso dringlicher wird das Armutsproblem von ihren Bürgerinnen und Bürgern gesehen. Für die Hälfte der befragten Stadtbewohnerinnen und -bewohner ist die Armut vor Ort „ein großes“ oder „sehr großes Problem“.<sup>22</sup> Es verwundert daher nicht, dass der Stellenwert kommunaler Prävention vielerorts eine „Toppriorität“ einnimmt, wie eine Umfrage unter Dezernenten im Rahmen des Projekts „Kein Kind zurücklassen“ (siehe Abbildung 3) verdeutlicht.

**Abbildung 3:**  
**Befragung von Dezernenten und Dezernentinnen 2016:**  
**Wie bewerten Sie den Stellenwert von Prävention?<sup>23</sup>**  
 Angaben in %



## Der Bildungstrichter<sup>24</sup>

Der Bildungstrichter ist eine bekannte Illustration aus der Sozialerhebung. Er zeigt, dass das deutsche Bildungssystem von starker sozialer Selektivität geprägt ist. Individuelle Aufstiegschancen im Bildungsbereich sind vor allem von der Herkunft eines Kindes abhängig. Kinder aus Nichtakademikerfamilien beginnen sehr viel seltener ein Studium, als Kinder aus Akademikerfamilien. Je höher der Bildungsabschluss, desto stärker ist dieser Ausschlussprozess. In Zahlen bedeutet das: 21 von 100 Nichtakademikerkinder fangen an zu studieren. 8 von 100 Nichtakademikerkinder schließen das Studium mit einem Master-titel ab, 1 absolviert eine Promotion.





## Für die Hälfte der befragten Stadtbewohnerinnen und -bewohner ist die Armut vor Ort „ein großes“ oder „sehr großes Problem“.

Dr. Daniel März,  
Transferagentur für Großstädte



### Flickenteppich armutspräventiver Angebote

Positiv ist, dass sich in allen Großstädten Aktivitäten und Programme der Armutsprävention und Bildungsbenachteiligung sowie der Gesundheitsförderung und Teilhabe sicherung finden. Im Mittelpunkt dieser Programme stehen häufig strukturbildende Maßnahmen, die die kommunale Vernetzung und Koordination fördern sollen – im Hinblick auf die fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit und eine ämter- und dezernatsübergreifende Netzwerkkoordination. Die Gefahr besteht allerdings, dass solche Programme und Maßnahmen losgelöst voneinander stehen. So „werden – zumindest semantisch und teilweise ohne auf andere Konzeptionen Bezug zu nehmen – verschiedene Koordinierungsstellen entworfen, deren Gründung in den Förderrichtlinien vielfach als Voraussetzung für die Projekt- oder Programmteilnahme der Kommunen formuliert werden. So sind kommunale Bildungsbüros meistens nur eine Koordinierungsstelle neben vielen anderen Projekt- und Programmkoordinierungsstellen.“<sup>25</sup> Netzwerke der Frühen Hilfen, das Programm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ des Landschaftsverbands Rheinland, der kom-

munale Partnerprozess „Gesund aufwachsen für alle!“ sowie der Aufbau von Bildungslandschaften in Bundesprogrammen wie „Lernen vor Ort“ (LVO) oder „Bildung integriert“ (Bi) sind prominente Beispiele dafür.

Hier stellt sich die häufig unbeantwortete, aber zentrale Frage, wie die Potenziale unterschiedlicher kommunaler Programme in der Praxis für eine ressortübergreifende und integrierte Planung genutzt werden, um multiple Risikolagen und Bildungsungleichheit vor Ort zu verbessern.<sup>26</sup> Die meisten Programme und Angebote weisen zwar auf dem Papier große (inhaltliche und strukturelle) Schnittmengen zueinander auf, die im fachlichen Diskurs vor Ort allerdings selten zueinander ins Verhältnis gebracht werden. Doch erst wenn sie wie Zahnräder ineinandergreifen, entfalten sie ihre volle Wirkung und beugen Armut vor. Andernfalls besteht die Gefahr, dass sie als Ausfallbürgen fehlender gesamtgesellschaftlicher und ganzheitlicher kommunaler Strategien sowie mangelnden politischen Handlungsmuts erhalten müssen. Die zahlreichen gut gemeinten Programme und Angebote fristen dann das Dasein eines Flickenteppichs unkoordinierter Maßnahmen der Armutsprävention.

# Präventionsketten: Was Kommunen tun können, um den möglichen Folgen von Kinder- und Jugendarmut frühzeitig zu begegnen

Von Alexander Mavroudis, LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut

Die finanzielle Armut von Familien ist ein gravierender Stolperstein für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Durch die Gestaltung von Präventionsketten und Bildungslandschaften kann es Kommunen gelingen, den möglichen Folgen dieser Armutslagen frühzeitig zu begegnen.



**Alexander Mavroudis** Ausführungen basieren auf Erfahrungen aus der Begleitung von Kommunen im Rheinland beim Auf- und Ausbau von Präventionsketten durch die LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut. Zugleich stellt er Bezüge zur Entwicklung von Bildungslandschaften und regionalen Bildungsnetzwerken her, da hier wichtige Überschneidungen in den Entwicklungsprozessen und Zielen gesehen werden. Dabei hebt Mavroudis hervor, dass bei der Begründung und Umsetzung von Strategien der kommunalen Armutsprävention der Erfolg nicht daran gemessen werden kann, ob weniger Kinder in finanzieller Armut aufwachsen. Dies liege nicht in der Gestaltungsmacht der Kommunen. Sie können aber die möglichen Folgen von finanzieller Armut für gelingendes Aufwachsen frühzeitig erkennen und für die Unterstützungsangebote in den relevanten Handlungs- und Politikfeldern sorgen.

## Kinder- und Jugendarmut: eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung

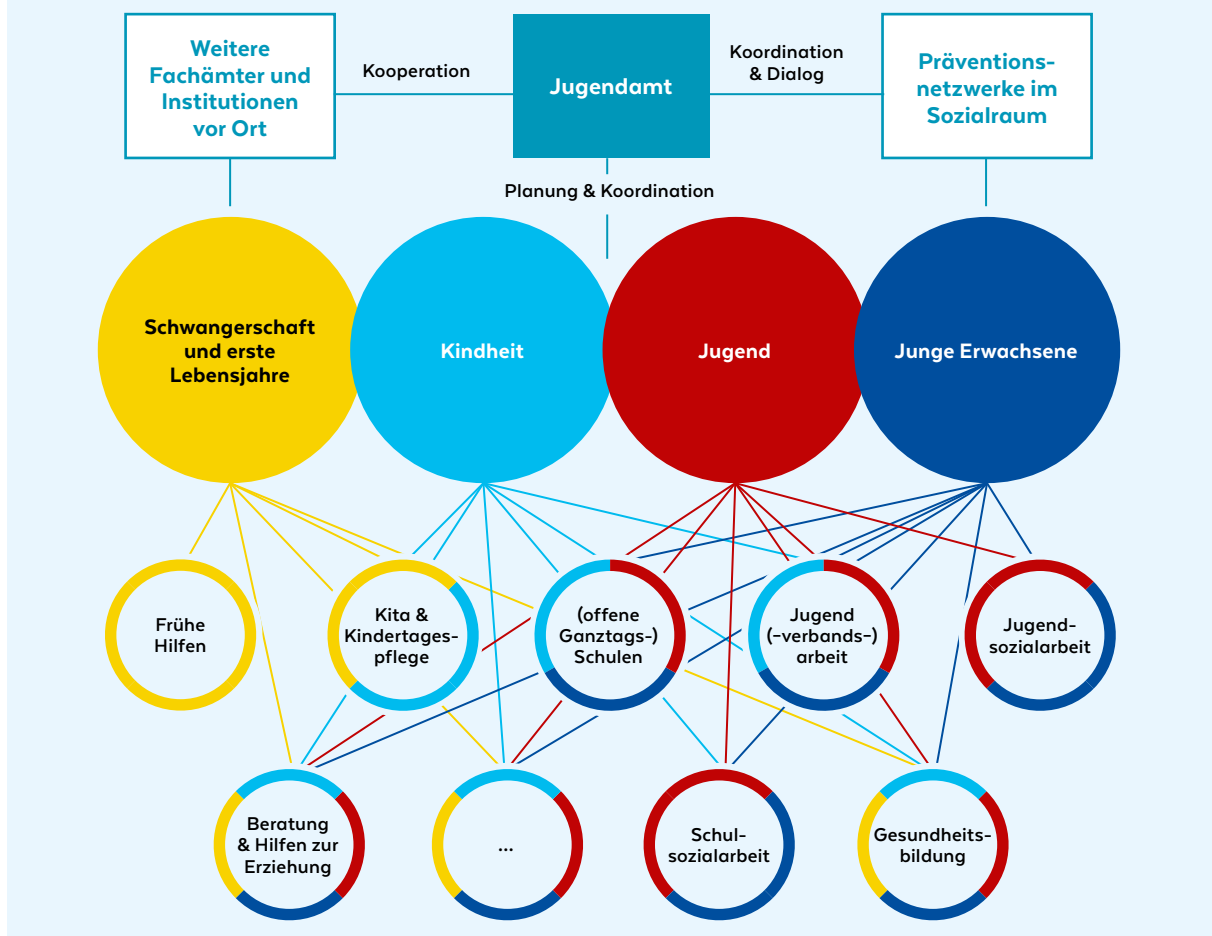
Aktuellen Untersuchungen zufolge wachsen ca. 20 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland in finanzieller Armut auf.<sup>27</sup> Dabei ist die Armutsverteilung zwischen und in den Kommunen und Regionen sehr unterschiedlich. So kann es in einer Kommune sowohl Stadtteile mit nur wenig Armut geben als auch solche, in denen sich über 60 Prozent der Bevölkerung in schwierigen Lebensverhältnissen befindet. Manchmal finden sich gravierende Unterschiede sogar innerhalb von Quartieren.

Nun ist Armut ein komplexes Phänomen, was die Ursachen betrifft. Finanzielle Armut ist vor allem strukturell verursacht und weniger das Ergebnis persönlichen Scheiterns. Individuelle Faktoren spielen nur im Umgang mit erlebter Armut eine Rolle. Auch die möglichen Folgen von Armutslagen sind komplex: Wer arm ist, ist nicht immer arm dran. Aufwachsen in Armut führt nicht automatisch zu einem besonderen (Jugend-)Hilfebedarf. In vielen sogenannten benachteiligten Milieus gibt es einen großen familiären und nachbarschaftlichen Zusammenhalt. Kinder und Jugendliche aus armen Familien haben Stärken, die es wahrzunehmen und zu fördern gilt. Die notwendige Sensibilität für Armutslagen darf nicht zu Zuschreibungen führen, sondern soll „nur“ Hinweise darauf bieten, wo die jeweilige Zielgruppe unterstützt werden sollte.

Um Kinder- und Jugendarmut wirksam zu begegnen, sind nachhaltige Maßnahmen erforderlich. Diese sollten nicht nur die Expertise von Fachleuten beinhalten, sondern auch die Perspektive der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien. Notwendig ist eine sozialpolitische Doppelstrategie:

- Es gilt, die Ursachen finanzieller Armut zu beseitigen, damit Kinder, Jugendliche und ihre Familien erst gar nicht in Armut aufwachsen.

Abbildung 1:  
Gestaltungsvision kommunaler Präventionsketten<sup>31</sup>



- Gleichzeitig muss den möglichen Folgen dieser Armutslagen für ein gelingendes Aufwachsen frühzeitig begegnet werden, damit Kinder und Jugendliche bestmöglich dort unterstützt werden, wo sie Hilfe brauchen.

Die Komplexität von Armut und dem daraus erwachsenen Handlungsbedarf bedeutet, dass Träger, Kommunen, Land und Bund gleichermaßen gefordert sind, ihre Maßnahmen und Strategien miteinander abzustimmen und sich als Verantwortungsgemeinschaften zu verstehen. Nur so können Kinder, Jugendliche und ihre Familien aussichtsreich unterstützt werden.<sup>28</sup>

### Die Gestaltungsphilosophie kommunaler Armutsprävention

In aktuellen fachlichen Diskussionen wird den Kommunen eine zentrale Verantwortung für gelingendes Aufwachsen zugeschrieben. Sie sollen dafür Sorge tragen, dass Aufwachsen im Wohlergehen gelingt und sich die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien, die in der Kommune bzw. Region leben, gut aufgehoben und unterstützt fühlen.

Damit dies gelingt, sind die verantwortlichen Akteure aus verschiedenen Handlungsfeldern und Systemen gefordert, kontinuierlich zusammenzuarbeiten. Das Ziel einer umfassenden Prävention sowie die komplexen Lebens- und Problemlagen der Betroffenen erfordern eine ganzheitliche Betrachtung und sind nur im vernetzten Miteinander von Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheit, Schule und Sozialem adäquat zu beantworten. Die staatlichen Akteure müssen Verantwortung übernehmen, partnerschaftliche Steuerungsmodelle entwickeln und leben – so der 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung.<sup>29</sup>

Diese Empfehlungen werden mit dem Auf- und Ausbau von kommunalen Präventionsketten aufgegriffen. Die Präventionskette bildet den konzeptionellen Rahmen für integrierte kommunale Handlungsstrategien.<sup>30</sup> Sie verknüpft die Angebote und Leistungen unterschiedlicher Handlungs- und Politikfelder entlang der Biografie des Aufwachsens miteinander – und zwar über die formale Zuständigkeit der Kommunalpolitik hinaus. Abbildung 1 illustriert diese Gestaltungsvision.

Eine besondere Rolle kommt den Jugendämtern in ihrer Gesamtverantwortung nach § 79 SGB VIII zu. Sie sind die zentrale Planungs- und Steuerungsinstanz für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe, sollen Planungsprozesse partizipativ gestalten und an relevanten Schnittstellen mit Akteuren aus anderen Systemen wie Schule und Gesundheitswesen zusammenarbeiten (§§ 80, 81 SGB VIII). Zugleich haben sie das gesetzliche Mandat, für das gelingende Aufwachsen aller Kinder und Jugendlichen (mit-) verantwortlich zu sein.

Den konzeptionellen Rahmen der Präventionskette bildet ein ganzheitlicher Präventionsbegriff, der sich nicht primär auf vorhandene oder sich abzeichnende Schädigungen fokussiert (Verhinderungslogik), sondern darauf abzielt, die Teilhabechancen junger Menschen zu fördern. Das gilt auch für die Armutsprävention.

Zu beachten ist, dass bei der Begründung und Umsetzung von Strategien der kommunalen Armutsprävention der Erfolg nicht daran gemessen werden kann, ob weniger Kinder in finanzieller Armut aufwachsen. Um dies zu erreichen, sind vor allem sozial- und arbeitsmarktpolitische Richtungsentscheidungen auf Bundesebene notwendig. Hier geht es zum Beispiel um Mindestlöhne, die Absicherung des Existenzminimums oder die viel diskutierte Kindergrundsicherung. Dies alles liegt nicht in der Gestaltungsmacht der Kommunen, die allenfalls über ausgewählte Initiativen in der Wirtschaftsförderung (Ansiedlung von Firmen und Arbeitsplätzen) oder der Stadtentwicklung (Nutzung städtischer Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau) Einfluss nehmen können auf die finanziellen Lebensbedingungen von Familien. Im Sinne einer integrierten kommunalen Gesamtstrategie sollten solche Überlegungen und Initiativen immer erfolgen, um zu versuchen, Einfluss zu nehmen auf die Armutslagen von Familien in der Kommune. Jedoch sollte dies nicht als Begründung oder gar wesentlicher Indikator für erfolgreiche Armutsprävention dargestellt werden.

Wirkmächtig können Kommunen sein, wenn es darum geht, die möglichen Folgen von finanzieller Armut für gelingendes Aufwachsen frühzeitig zu erkennen und die notwendigen Unterstützungsangebote in den relevanten Handlungs- und Politikfeldern bereitzustellen. Mit anderen Worten: die Gefahr eines Armutskreislaufs zu durchbrechen und dafür zu sorgen, dass „arme Kinder weniger arm dran sind“. Dies sollte denn auch im Mittelpunkt der Begründung von Strategien der Armutsprävention stehen. Wie Kommunen das tun können, ist Thema des nächsten Kapitels.

### Netzwerkorientierte Gestaltungsvision und -kultur

Damit es in Kommunen gelingt, politikfeldübergreifend Präventionsketten zu gestalten, bedarf es einer netzwerkorientierten Gestaltungsvision. Das betrifft zunächst einmal ein netzwerkorientiertes Denken. Hierzu gehört eine Haltung, die an Kooperation und partnerschaftlichem Austausch interessiert ist. Lösungen werden nicht alleine gesucht, sondern gemeinsam mit relevanten Partnerinnen und Partnern.

Damit einher gehen netzwerkorientierte Prozesse. Entscheidungen werden nicht von oben herab oder einseitig, sondern konsensorientiert getroffen; hier wird das mit dem Begriff Governance verbundene Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft bei der Gestaltung des Gemeinwesens lebendig.<sup>32</sup> Zuständigkeiten und Versäulungen der kommunalen Verwaltung werden nicht aufgehoben; das Handeln orientiert sich aber an Themen und aktuellen Anlässen.

Schließlich betrifft es Netzwerke als Bestandteil der örtlichen Strukturen. Hier geht es um Arbeitszusammenschlüsse, die sich durch bestimmte Qualitäten auszeichnen. Parallelstrukturen und Konkurrenzdenken werden schrittweise überwunden, dafür wächst das gemeinsame Verständnis als Verantwortungsgemeinschaft.

**Wirkmächtig können Kommunen sein, wenn es darum geht, die möglichen Folgen von finanzieller Armut für gelingendes Aufwachsen frühzeitig zu erkennen und die notwendigen Unterstützungsangebote in den relevanten Handlungs- und Politikfeldern bereitzustellen.**

Alexander Mavroudis,  
LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut



## Integrierte kommunale Handlungskonzepte

Für die Entwicklung von Präventionsketten und bei der Armutsprävention reicht es nicht aus, wenn nur die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe oder der Schulen in den Blick genommen werden. Kommunen sind gefordert, schrittweise integrierte Handlungskonzepte zu entwickeln und in allen relevanten Politikfeldern umzusetzen. Das ist ein Top-down-Prozess, der politisch abgestimmt sein muss.

Nun darf Top-down nicht so verstanden werden, dass dies von oben herab bestimmt, was realisiert wird. Die Erfahrung zeigt, dass es sich um eine langfristige Gestaltungsvision handelt, die schrittweise umzusetzen ist. Zudem müssen Lösungen gefunden werden, wie die relevanten Akteure innerhalb der Ämter sowie in den Angebotslandschaften überzeugt und mitgenommen werden. Das kann gelingen, wenn an den Bedarfen und Interessen der Akteurinnen und Akteure vor Ort angeknüpft wird (Bottom-up-Prozess).

Kommunale Handlungskonzepte brauchen Leitbilder und Leitziele. So ist es zum Beispiel bedeutsam, welches Präventions- und/oder Bildungsverständnis vor Ort verankert ist. Geht es bei der Prävention um Verhinderung – oder um Teilhabe? Ist Bildung dem Lern- und Lebensort Schule vorbehalten – oder wird Bildung ganzheitlich verstanden, beginnend mit den Frühen Hilfen und Bildungsorte wie Kita und Jugendeinrichtungen umfassend? Werden mit Ganztagsangeboten an Schulen ausschließlich familienpolitische Ziele verfolgt – oder auch sozialpolitische, was Folgen für Ausbau und Vergabe von Plätzen hätte?

## Vom Kind und Jugendlichen her denken

Die Perspektive „vom Kind bzw. Jugendlichen her denken“ ermöglicht es, den Blick auf den jungen Menschen zu fokussieren – weg von der Institution und des Politikfelds. Das bedeutet, Angebote an den ermittelten Bedarfen und Bedürfnissen der Zielgruppen und ihren jeweiligen Lebenslagen auszurichten und wirkungsorientiert weiterzuentwickeln.

Hierzu gehört zum Beispiel, dass Träger und Teams ihre Angebote dahingehend überprüfen, ob diese kinder- und jugendgerecht sind und eine Unterstützung bieten, die die jeweilige Zielgruppe aktuell braucht. Es geht nicht um die Frage, ob Kinder und Jugendliche schulfähig sind – sondern darum, wie Lernprozesse an Schulen gestaltet werden müssen, um armutsbedingte Hürden zu überwinden und gelingende Bildungsbiografien zu fördern. Auch eine armutsensible Sprache kann ein wichtiger Schritt sein, um zum Beispiel zu verhindern, dass mit Begriffen wie „Bildungsarmut“, Kindern und ihren Familien selbst die Verantwortung für ihre Lebenslage zugeschrieben wird.

Eine weitere Konsequenz ist, dass die Beteiligung der Zielgruppen in den kommunalen Handlungskonzepten verankert wird. Hierbei geht es vor allem um die Haltung, die ihnen gegenüber eingenommen wird: ob sie – als Ko-Produzenten – ernst genommen und in die Gestaltung von Angeboten und Netzwerken eingebunden werden.



**Der partnerschaftliche Dialog und die kontinuierliche Zusammenarbeit der verschiedenen Präventionsakteure in sozialräumlichen bzw. regionalen Netzwerken ist ein zentraler Gelingensfaktor, um Präventionsketten auf- und auszubauen.**

Alexander Mavroudis,  
LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut





## Vernetzung in den Sozialräumen und Regionen

Der partnerschaftliche Dialog und die kontinuierliche Zusammenarbeit der verschiedenen Präventionsakteure in sozialräumlichen bzw. regionalen Netzwerken ist ein zentraler Gelingensfaktor, um Präventionsketten auf- und auszubauen. Diese Netzwerke dienen in ihrer Aufbauphase zunächst dem gegenseitigen Kennenlernen und fachlichen Austausch sowie der Verständigung auf gemeinsame Ziele. In der weiteren Entwicklung hin zu Produktionsnetzwerken werden sie zu einem Ort der Bedarfsklärung und Angebotsabstimmung bis hin zu gemeinsamen Initiativen, die die Mitglieder als Verantwortungsgemeinschaft auf den Weg bringen. Solche Produkte können zum Beispiel sein:

- Fortbildungsangebote zur Förderung der Armutssensibilität von Fachkräften
- neue Angebote für bestimmte Zielgruppen
- Ladenlokale in den Quartieren der Menschen, um niedrigschwellige Zugänge zu etablieren und Hilfen dort anzubieten, wo die Menschen leben

Die Qualität der Netzwerkarbeit besteht im Kern darin, die Bedarfe der Zielgruppen, die im Alltag der Einrichtungen und Angebote gesammelt und im Netzwerk gebündelt werden, zur Weiterentwicklung der Präventionskette zu nutzen. So haben zum Beispiel die Mitglieder in einem kommunalen Netzwerk erkannt, dass vor Ort Angebote für Kinder psychisch kranker Eltern fehlen und deshalb ein Projekt initiiert, um diese Lücke in der Präventionskette zu schließen. Und sie haben eigene Ressourcen eingebracht und das Projekt so gemeinsam erfolgreich umsetzen können.

Solche Vernetzungen gibt es auch im Bereich der Entwicklung von Bildungslandschaften. Hierzu gehören zum Beispiel die Qualitätszirkel im Ganztag, in denen Vertretungen der Schulen, der Träger und der kommunalen Ämter gemeinsam die Entwicklung an den Schulstandorten beraten, sowie Bildungskonferenzen, in denen alle bildungsrelevanten Akteurinnen und Akteure in einer Kommune zusammenkommen.

Vielorts geht es nicht darum, neue Netzwerke zum Beispiel der Armutsprävention zu gründen, sondern eine Übersicht vorhandener Vernetzungen zu bekommen und diese im besten Sinne zu nutzen und ggf. weiterzuentwickeln.

### Kommunale Koordination

Entscheidend für das Gelingen der Netzwerke und den Aufbau der handlungsfeld- und systemübergreifenden Präventionskette ist eine kommunale Koordination. Sie ist dafür verantwortlich, die Zusammenarbeit der verschiedenen Fachabteilungen und Ämter zu initiieren und die Netzwerke in den Sozialräumen und Regionen

zu koordinieren. Der Begriff der Koordination bringt zum Ausdruck, dass die Kommune Planung und Steuerung als gemeinschaftlichen Prozess mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren versteht.

Die Koordinationsfachkräfte für Präventionsketten sind in aller Regel beim Jugendamt verortet. Der Stellenumfang hängt von der Größe der Kommune und den verantworteten Handlungsfeldern ab. Wichtig ist die Vernetzung mit weiteren Koordinationsstellen in der Kommune. Hierzu gehören unter anderem die Bildungsbüros der regionalen Bildungsnetzwerke, kommunale Integrationszentren, die kommunale Koordination für Schulsozialarbeit und/oder im Übergang von der Schule in den Beruf. Sie alle miteinander an einen Tisch zu bekommen, ist erfahrungsgemäß ein erster wichtiger Schritt.

Die Koordinationsfachkräfte agieren in der Regel quer zu den Fachabteilungen und -ämtern; von daher ist es zwingend notwendig, dass sie über die entsprechenden Kompetenzen (i.S.v. Befugnissen) verfügen, dies auch tun zu dürfen. Bedeutsam kann zudem die Verortung im Organisationsgefüge der Ämter sein. Idealerweise sollten die Stellen, zum Beispiel als Stabsstellen, nah an der Leitung sein.

Im Rahmen der Armutsprävention sind Koordinationsfachkräfte aber nicht nur für Angebots- und Netzwerkstrukturen verantwortlich. Sie sind zugleich Paten für das Thema und gefordert, sich in andere Politikfelder einzumischen.

### Verwaltungsinterne Kooperation und Vernetzung

Mit dem Aufbau von Präventionsketten gehen Organisationsentwicklungsprozesse einher. Hierzu gehören, neben der Einrichtung von Koordinationsstellen, Lösungen für die strukturelle Verankerung der verwaltungsinternen Kooperation und Vernetzung. Integrierte Handlungskonzepte können nur dann entwickelt und mit Leben gefüllt werden, wenn die verschiedenen Fachabteilungen und Fachämter – Jugendamt, Schulverwaltung, Sozialamt, Gesundheitsamt bis hin zur Stadtentwicklung – regelmäßig zusammenarbeiten und ihre jeweiligen Entwicklungsschritte miteinander abstimmen.

Die Verantwortung hierfür liegt bei den Amtsleitungen, muss aber – zum Beispiel über ein verabschiedetes kommunales Handlungskonzept – auch politisch abgesichert sein. Die strukturelle Absicherung kann in Steuerungsgruppen bzw. Lenkungsgruppen erfolgen. Je nach Entwicklungsphase sollten auch Vertretungen aus den politischen Ausschüssen, aus der Trägerlandschaft und weitere relevante Akteursgruppen, wie zum Beispiel die Schulaufsicht, eingebunden werden. Die Steuerungsgruppen bzw. Lenkungsgruppen haben ebenfalls Netzwerkcharakter, da hier Entscheidungen idealerweise

nicht hierarchisch, sondern konsensorientiert getroffen werden.

Damit einher geht, dass in den Ämtern schrittweise eine Kultur der Kooperation etabliert wird. Das bedeutet nicht, die Struktur der Linienorganisation aufzuheben. Es sollte aber vom Grundsatz her in allen Fachabteilungen möglich sein, mit relevanten Kolleginnen und Kollegen in anderen Ämtern zusammenzuarbeiten.

Das betrifft zum Beispiel die Planung. Integrierte Handlungskonzepte benötigen in der Umsetzung abgestimmte Planungsprozesse; dies gilt umso mehr bei der Armutsprävention. Damit einher gehen die Zusammenarbeit der Planungsfachkräfte, einheitliche (Sozial-)Räume und der Austausch relevanter Daten zum Beispiel über Benachteiligungslagen, Belastungen in Sozialräumen oder Bedarfen, die im Rahmen von Schuleingangsuntersuchungen erkannt werden. Auch hierbei handelt es sich um langfristige Entwicklungsprozesse, da es je nach Politikfeld unterschiedliche Planungskulturen und -aufträge gibt. Das gegenseitige Kennenlernen muss ebenso wie eine Abstimmung der Planungsperspektiven systematisch hergestellt werden.

#### **Ausblick: Erhalten und verbessern**

In Nordrhein-Westfalen, aber sicherlich auch in anderen Bundesländern blicken wir auf bunte Angebots- und Vernetzungslandschaften. Es gibt bereits vieles – aber zu viel findet noch nebeneinander und ohne ausreichende Abstimmung statt.

Das zeigt die Entwicklung von kommunalen Präventionsketten auf der einen Seite und regionalen Bildungsnetzwerken auf der anderen Seite. In beiden Bereichen sind in den letzten Jahren wertvolle Strukturen gewachsen. Das betrifft die Angebote und Vernetzungen ebenso wie die (kommunale) Steuerung bzw. Koordination. Diese Strukturen gilt es zu erhalten.

Vielerorts noch nicht gut gelungen ist aber, die Strukturen gemeinsam in den Blick zu nehmen und in ein kommunales Gesamtkonzept zu integrieren. Hier besteht Entwicklungsbedarf. Eine bessere Abstimmung der Akteure und Angebote verspricht nicht nur Synergieeffekte – angesichts knapper Ressourcen ein nicht zu unterschätzender Faktor. Kinder, Jugendliche und Familien dürfen zu Recht erwarten, dass die verantwortlichen Akteure kooperieren und ihre jeweilige Expertise und Erfahrungsbezüge gemeinsam nutzen, um eine bestmögliche, die jeweiligen Bedarfe berücksichtigende Unterstützung zu ermöglichen.

#### **Kontakt**

**Alexander Mavroudis**, Leiter der Koordinationsstelle  
Kinderarmut im LVR-Landesjugendamt Rheinland  
Telefon: 0221/809-6932  
E-Mail: [alexander.mavroudis@lvr.de](mailto:alexander.mavroudis@lvr.de)  
[www.kinderarmut.lvr.de](http://www.kinderarmut.lvr.de)  
[www.regionale.bildungsnetzwerke.nrw.de](http://www.regionale.bildungsnetzwerke.nrw.de)



# Präventionsketten und DKBM: Zwei Seiten einer Medaille kommunaler Armutsprävention

Von Dr. Daniel März, Transferagentur für Großstädte

Kommunales Bildungsmanagement (DKBM) und kommunale Präventionsketten sind Handlungsansätze, die sich in ihrer programmatischen Ausrichtung sehr ähneln und in Programmen wie „Lernen vor Ort“, „Bildung integriert“ und „Kein Kind zurücklassen!“ umgesetzt wurden und werden. Beide Ansätze verfolgen das Anliegen, Kindern und Jugendlichen durch passgenaue und aufeinander abgestimmte Angebote wirksam zu unterstützen und ihnen gleiche Chancen auf gute Bildung, gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen.<sup>33</sup> Sie versuchen Angebote an den auf Grundlage von Daten und Wissen ermittelten Bedarfen der Zielgruppen und ihren jeweiligen Lebenslagen auszurichten, weiterzuentwickeln, somit Angebote und Ressourcen zu steuern und letztlich einen Beitrag zu mehr regionaler Bildungsgerechtigkeit zu leisten. Sie zielen also vor allem auf die kommunalpolitische und administrative Auseinandersetzung mit Querschnittsthemen wie Bildung und somit auf die Einführung von neuen integrierten Steuerungsprinzipien und -strukturen innerhalb der Verwaltung sowie mit Akteuren im Sozialraum.<sup>34</sup>

Hier stellt sich allerdings die Frage, wie die Potenziale dieser beiden Ansätze in der Praxis für eine ressortübergreifende und integrierte Planung genutzt werden. Wie können Bildungsmonitoring und -management auf der einen Seite sowie Ansätze kommunaler Armutsprävention (hier Präventionsketten) auf der anderen Seite dazu beitragen, multiple Risikolagen und Bildungsungleichheit vor Ort zu verbessern? Trotz einer großen Schnittmenge werden die beiden kommunalen Ansätze bisher kaum im fachlichen und praktischen Diskurs zueinander ins Verhältnis gebracht. Vielmehr illustrieren sie die große Bandbreite von strukturellen Programmkonzeptionen auf kommunaler Ebene. Diese Mischung bietet vielerlei Chancen integrierten und präventiven Handelns, birgt aber auch Gefahren: Es zeigt sich immer wieder, dass unterschiedliche Programmkonzeptionen keinen oder kaum einen Bezug auf bereits bestehende Programme nehmen. Dies zeigt sich beispielsweise beim Aufbau von Koordinierungsstellen, die in den jeweiligen Förderrichtlinien als Voraussetzung für die Umsetzung des Programms formuliert werden<sup>35</sup>, allerdings isoliert voneinander entworfen werden und das Ziel einer abgestimmten und integrierten Planung eher erschweren, als sie zu fördern. Nicht selten berichten Kommunen

**Es zeigt sich immer wieder, dass unterschiedliche Programmkonzeptionen keinen oder kaum einen Bezug auf bereits bestehende Programme nehmen.**

Dr. Daniel März,  
Transferagentur für Großstädte



## Präventionsketten kurz erklärt

Das Modell der Präventionskette ist darauf ausgerichtet, ein umfassendes und tragfähiges Netz für Kinder, Jugendliche und Eltern in ihrer Kommune unter Beteiligung aller zu entfalten. Dabei geht es nicht darum, ein neues, weiteres Netzwerk zu bilden. Ziel ist vielmehr, bestehende Netzwerke, Angebote sowie die Akteure so zusammenzuführen, dass ein untereinander abgestimmtes Handeln im Rahmen einer integrierten kommunalen Gesamtstrategie möglich wird. Ziel ist außerdem, bei Bedarf neue Angebote im Konsens zu entwickeln. Oder auch anders ausgedrückt: von einem Nebeneinander bestehender Netzwerke und Aktivitäten zu einem Miteinander zu kommen. Vorhandenes gemeinsam umzustrukturieren, um damit auch die zu erreichen, die sonst durchs Netz fallen. Eine Präventionskette soll allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom sozialen Status ihrer Familie positive Lebens- und Teilhabebedingungen eröffnen.

Der Ausgangspunkt für den Aufbau einer Präventionskette variiert, doch das Ziel steht fest: Es geht um die Neuorientierung und Neustrukturierung der Hilfesysteme mit der Absicht, allen Kindern und Jugendlichen positive Lebens- und Teilhabebedingungen zu eröffnen.

Auszug aus:  
Werkbuch Präventionskette, S. 14 + 18

**DKBM kurz erklärt**

Datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement ist ein Ansatz, um auf zentrale Herausforderungen für die zukünftige soziale und wirtschaftliche Entwicklung in der Kommune zu reagieren. Es zielt darauf, relevante Akteure zu vernetzen, Bildungsangebote aufeinander abzustimmen und alle kommunalen Anstrengungen zu einem zusammenhängenden Gesamtsystem und engmaschigen Unterstützungssystem zu entwickeln. Dadurch können Rahmenbedingungen geschaffen werden, die erfolgreiche Bildungsprozesse im gesamten Lebensverlauf ermöglichen und gesellschaftliche Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit fördern.

Auszug aus:  
Bildung gemeinsam gestalten: Ein Leitfaden für ein datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement, S. 7

bewusst überspitzt davon, dass es inzwischen einer eigenen Koordinierungsstelle für all die Koordinierungsprojekte bedürfe. Dazu kommt, dass die Steuerung verschiedener Ansätze und Programme häufig dezentral in verschiedenen Fachbereichen liegt. Und auf den Sozialraum bezogen wird nicht selten beobachtet, dass unterschiedliche Projekte und Programme in unterschiedlicher Steuerungsverantwortung nebeneinander bestehen, ohne dass sie aufeinander abgestimmt sind und eine Gesamtregie geklärt ist. Auch in der Politik, der Verwaltungsspitze oder den Fachanwendern kann das zu Verwirrung führen – obwohl die beiden erstgenannten zumindest für die Gesamtstrategie verantwortlich sind.

Es sollte also darum gehen, die Potenziale beider Ansätze zu nutzen, um programmübergreifende Ansätze zu entwickeln und aufeinander abzustimmen, die den verschiedenen Ausgangslagen in den Kommunen gerecht werden und dabei unterschiedliche Bedarfe und Interessen gut miteinander in Einklang bringen. Die volle Stärke beider Ansätze kann erst dann zum Tragen kommen, wenn sie wie Zahnräder ineinandergreifen. Denn obwohl beide unterschiedliche programmatische Ausgangslagen haben, steuern sie letztlich auf ein gemeinsames Ziel hin.

Auch wenn diese Ansätze stärker programmatisch zusammengedacht werden sollten, um ihre volle Wirkung zu entfalten, ist es aus Sicht der Verwaltung sinnvoll, diese aufgrund ihrer hohen Komplexität im Querschnitt zu bearbeiten. Allerdings ist der Koordinierungs- und Kooperationsaufwand in der Regel umso stärker ausgeprägt und herausfordernder, desto höher der Quer-

schnittsbezug eines Themas ist. Allein am Querschnittsthema Gesundheit im Kontext von (Bildungs-)Armut ist ersensbar, wie hoch sich der Abstimmungsbedarf zwischen den Fachämtern darstellt und wie wichtig eine Koordinierung ist, die nicht immer auf den ersten Blick eindeutig erscheint. So ist die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen nicht nur ein Thema des Gesundheitsamts. Aus Sicht der Schulverwaltung ist es ein Bildungsthema. Für das Sozialamt wiederum steht es im Zusammenhang mit Armut. Für das Integrationsamt ist es ein Integrationsthema und für das Jugendamt ist das Thema Gesundheit ein Jugendhilfethema, dass die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen existenziell beeinflusst.

Es ist sehr wertvoll, wenn es einer Kommune gelingt, diese Themen und Entwicklungen vor Ort zu koordinieren. Das DKBM enthält Instrumente, die helfen, solche Entwicklungen zu registrieren. Sie unterstützen ebenfalls dabei, die Schnittstellen unterschiedlicher Ansätze und Themen zu identifizieren und zu nutzen. Eine Kommune kann darauf reagieren und Steuerungsimpulse setzen. Mehr noch: Aus Sicht der Transferagentur für Großstädte kann der Aufbau eines DKBM der Ansatz sein, der frühzeitig die Schubumkehr vom Prinzip der kommunalen Nachsorge von regionaler Bildungsungleichheit und Armut hin zur Vorsorge (Prävention) dieser Querschnittsthemen verkörpert. Der Aufbau eines DKBM kann hier wichtige Impulse liefern, weil es bspw. Instrumente und Methoden bereithält, um aus der Fülle von Förderprogrammen gezielt diejenigen auszuwählen, die zu Vorhaben und den Bedarfen vor Ort passen und letztlich unterschiedliche Programme aufeinander abstimmt. Voraussetzung dafür ist, dass es Kommunen gelingt, Bedarfe zielgruppen- und sozialraumspezifisch zu erheben, Spielräume zu erkennen und Lösungen gemeinsam mit anderen Akteuren zu entwickeln. Dazu braucht es neue Formen der Zusammenarbeit. Ein kommunales Bildungsmanagement kann auch hier einen wertvollen Diskursraum für die beteiligten Akteurinnen und Akteure vor Ort eröffnen. Das ist in diesen Zeiten umso wichtiger. Denn auch die Corona-Krise hat gezeigt: Kommunen wird es zunehmend um die Krisenfestigkeit ihrer Stadtgesellschaften gehen (müssen). Und hier wird der Präventionsgedanke vielerorts als Gegenentwurf von gelebten nachsorgenden Bewältigungsstrategien zunehmen.

## Kommunale Armutsprävention als Auftrag für das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen

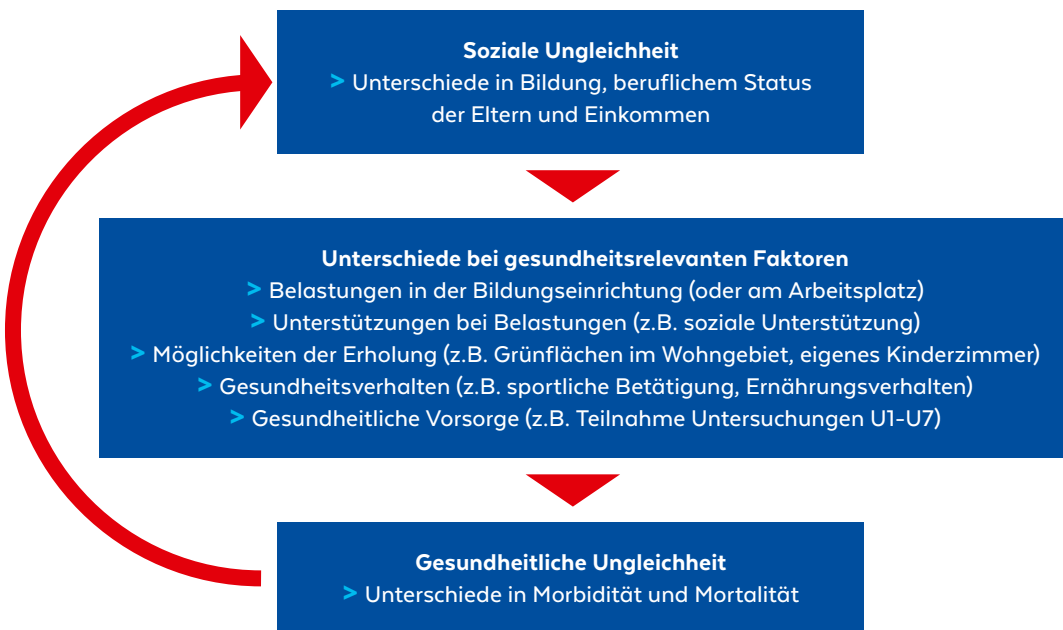
Von Nicola Andresen, Transferagentur für Großstädte



Bereits der erste Armuts- und Reichtumsbericht im Jahre 2001 stellte zusammenfassend fest, dass „belastete Lebensbedingungen durch niedrige Einkommen, schlechten Zugang zu Bildung, mangelhafte Wohnsituation oder Arbeitslosigkeit [...] Auswirkungen auf die Gesundheit und das Gesundheitsverhalten“<sup>36</sup> haben. Klar ist seit längerem: Armut und soziale Probleme ziehen gesundheitliche Probleme nach sich. Die soziale Herkunft hat in Deutschland also nicht nur einen Einfluss auf den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen, sondern auch auf ihre Gesundheit. Wachsen Kinder und Jugendliche in armen und bildungsfernen Familien auf, haben sie ein vielfach höheres Gesundheitsrisiko als jene Kinder, die in materiell gesicherten Verhältnissen leben. Das gesundheitliche Wohlbefinden von in Armut aufwachsenden Kindern wird durchweg negativ beeinflusst und hat für das (spätere) Gesundheitsverhalten einen ungünstigen Effekt.<sup>37</sup> Sie sind stärker von Übergewicht und Adipositas betroffen.<sup>38</sup> Auch ist ihre Zahngesundheit schlechter. Hier zeigt sich, dass die Kariesprävalenz mit der Schulform korreliert. Demnach sind Kinder, die auf das Gymnasium gehen, am wenigsten von Karies betroffen. Dagegen findet sich die höchste Kariesprävalenz bei den Kindern, die eine Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt besuchen.<sup>39</sup> Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäu-

sern und mit geringerem sozioökonomischen Status sind beinahe dreimal so stark von Verhaltensauffälligkeiten betroffen und entwickeln häufiger eine psychische Krankheit.<sup>40</sup> Sie berichten häufiger über Nervosität, Magen- und Darmbeschwerden sowie Rücken- und Kopfschmerzen als Kinder aus finanziell besser gestellten Elternhäusern. Sie sind darüber hinaus stärker von Depressionen sowie von Ess- und Angststörungen betroffen.<sup>41</sup> Diese Befunde spiegeln sich bei der Schulleitungsuntersuchung wider. Arme Kinder schneiden bei dieser Untersuchung wesentlich schlechter ab. Dabei wird die gesamte Bandbreite der bereits in diesem Abschnitt erläuterten Krankheitsbilder diagnostiziert.<sup>42</sup> Es ist alarmierend, dass eine statistisch signifikant größere Wahrscheinlichkeit höherer Morbidität und Mortalität von in Armutslagen lebenden Erwachsenen zum Teil schon im Kindesalter erworben werden kann und sich in der frühen Kindheit bereits durch physische, psychische und psychosomatische Erkrankungen bemerkbar macht. So haben Frauen aus der untersten Einkommensgruppe eine um 4,4 Jahre niedrigere Lebenserwartung als diejenigen aus der höchsten Einkommensgruppe. Bei Männern ist der Unterschied mit 8 Jahren noch signifikanter. Gesundheitschancen und -risiken sind somit auch deutlich sozial ungleich verteilt.

Abbildung 1:  
Wechselwirkung zwischen sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit<sup>43</sup>



### Kommunale Ansätze im Bereich Bildungs- bzw. Gesundheitsprävention

Welche Möglichkeiten gibt es, schon möglichst frühzeitig diesen Entwicklungen entgegenzuwirken? Bildung wird als Ansatzpunkt gesehen, um zum einen das Wissen über gesundheitsförderliche Lebensweisen zu vermitteln; zum anderen, weil über Bildungseinrichtungen, wie Kitas und Schulen, nahezu alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden können. Darüber hinaus gibt es in jeder Kommune eine Vielzahl von Unterstützungsangeboten: Frühe Hilfen, Stadtteilmütter, Familienzentren und anderes mehr. Sollen Interventionen greifen, müssen diese so früh wie möglich ansetzen, im optimalen Fall bereits vor der Geburt, und gleichzeitig mit den verschiedenen Lebenswelten, wie beispielsweise Kita oder Schule, verwoben sein. Keine leichte Aufgabe, denn die Hürden zur Nutzung von Hilfesystemen und -strukturen sind für arme Familien oftmals höher. Nicht zuletzt da das Wissen darüber fehlt, dass es diese Unterstützungsangebote überhaupt gibt und sie einen Anspruch darauf hätten. Zudem stellt sich die Beantragung oft als kompliziert und aufwändig dar. Sprachbarrieren oder auch Zeitmangel erschweren zusätzlich den Zugang zur dringend benötigten Hilfe.

Entscheidend sind niederschwellige Zugänge sowie passgenaue gesundheitsförderliche und präventive Angebote, die auf die Bedürfnisse der Zielgruppe abgestimmt sind, wie beispielsweise die Angebote der Frühen Hilfen, wie Schwangerschaftsberatung und aufsuchende Hilfeleistungen in den Familien. An diesem Punkt kann kommunale Armutsprävention ansetzen und allen Kindern eine gute Perspektive auf ein gesundes Leben bieten. Bewährt hat sich die Vernetzung der Angebote in der Form, dass sie einer für alle nachvollziehbaren Logik folgt: z. B. durch Präventionsketten. Diese bauen auf eine integrierte Gesamtstrategie, die darauf abzielt, insbesondere armen und benachteiligten Kindern und ihren Familien bessere Teilhabechancen sowie ein gesünderes Aufwachsen zu ermöglichen. Sie sind biographisch angelegt und reichen von der Schwangerschaft der Kindesmutter bis zum erfolgreichen Berufseinstieg der jungen Erwachsenen: 0 bis 3 Jahre inklusive Schwangerschaft (Familien und Kita), 3 bis 6 Jahre (Kita), 6 bis 12 Jahre (Schule) und 12 bis 18 Jahre<sup>44</sup> (Schule und Berufseinstieg).

Hierfür braucht es nicht notwendigerweise neue Instrumente für die einzelnen Phasen und ihre Übergänge, vielmehr sollten die vorhandenen Unterstützungsange-



bote aufeinander abgestimmt und die Akteure miteinander in Kontakt gebracht werden. Lücken können durch neue gemeinsam entwickelte Angebote geschlossen werden. Besonderes Augenmerk liegt auf den Übergängen – von der einen in die nächste Lebensphase. Diese sollten für die Kinder und Jugendlichen so gestaltet sein, dass sie nicht als Umbrüche wahrgenommen werden. Werden die Übergänge erfolgreich bewältigt, stärkt dies das Selbstwertgefühl der Heranwachsenden, sie erleben sich als selbstwirksam. Dieses positive Gefühl lässt die Wahrscheinlichkeit wachsen, auch die nächste Lebensphase erfolgreich zu meistern.

Auch wenn Präventionsketten biografisch aufgebaut sind, so kann an jeder Stelle der Startpunkt für deren Initiierung liegen. Wichtig ist, dass jede Kommune unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Ausgangslage und Bedarfe Präventionsketten aufbaut. Daher sollte das Thema „Bildung und Gesundheit“ (auch als Verantwortlichkeit) als ein zentraler thematischer Bezugspunkt in das kommunale Bildungsmanagement gehören – sowohl normativ von einem ganzheitlichen Bildungsbegriff gedacht als auch strukturell (strategisch) als Steuerungsakteur in diesem Themenfeld. Basis einer solchen strukturellen Ausrichtung sollte die systemati-

sche Analyse vorliegender Daten sein, beispielsweise der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberichterstattung. Fehlende Informationen können ergänzend erhoben werden. In der Zusammenschau der verschiedenen Quellen ermöglicht eine Aufbereitung der Daten neue Hinweise auf die Notwendigkeit für eine Anpassung vorhandener oder die Entwicklung neuer Angebote. Wertvolle Ergänzungen und Erklärungen liefern Hinweise der Fachkräfte vor Ort, die mit den Kindern und Familien im direkten Kontakt stehen sowie eine alltagsnahe Bedarfserhebung bzw. Befragung der Zielgruppe. Ein solcher Rundumblick zeigt, wo und in welcher Form eine Kommune Handlungsspielräume hat, um Armut entgegenzuwirken und die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen zu stärken.

# Praxisbeispiele der Armutsprävention aus den Bereichen Gesundheit und Bildung

## Aachen

Die Stadt Aachen entwickelte gemeinsam mit freien Trägern die Präventionskette und das Programm „KiM – Kinder im Mittelpunkt“ (Start 2011). Es gibt eine Steuerungsgruppe mit Leitungskräften aus Verwaltung und freien Trägern. Mit diesem Programm stärkt und vernetzt Aachen die bereits vorhandenen Angebote, Programme und Institutionen, die Kinder und Jugendliche in den verschiedenen Lebensphasen unterstützen.

In der Verwaltung gibt es eine Koordinierungsstelle im Fachbereich Kinder, Jugend und Schule, Abteilung Jugend. Nach einer Bestands- und Bedarfsermittlung der Koordinationsstelle entwickelten Arbeitsgruppen konkrete Angebote für den Stadtteil Aachen Nord.

**Weiterführende Informationen:**  
[kurzelinks.de/so7p](http://kurzelinks.de/so7p)

## Berlin

In Berlin gibt es in fast allen Bezirken Präventionsketten. Der Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit unterstützt aktiveren Vernetzung durch die Werkstattreihe „Präventionsketten in Berliner Bezirken“.

**Weiterführende Informationen:**  
[kurzelinks.de/5lx2](http://kurzelinks.de/5lx2)

## Dresden

Dresden ist als einzige Stadt Deutschlands im europäischen Netzwerk des Projekts „Gesunde Städte“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vertreten. Seit 1988 arbeiten die Verantwortlichen darauf hin, Gesundheitsförderung zu einer der wichtigsten Aufgaben der Kommunen zu machen. Ziel ist es, ein möglichst hohes Gesundheitsniveau, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder Sozialstatus zu erreichen. Ein eigenes Projektbüro im Dresdner Rathaus und ein aus Bürgerschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft zusammengesetzter Beirat treiben das Thema voran. Engagierte Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen ist der Stadt Dresden ein wichtiges Anliegen. In einem Stadt-Gesundheitsprofil werden Daten und Ergebnisse u. a. über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, Umweltbedingungen sowie Lebensstile der Einwohnerinnen und Einwohner dargestellt.

**Weiterführende Informationen:**  
[kurzelinks.de/fdbc](http://kurzelinks.de/fdbc)  
[kurzelinks.de/de7e](http://kurzelinks.de/de7e)

## Berlin-Neukölln

Im Zentrum der Neuköllner Präventionskette steht seit 2012 die frühe Kindheit, in der zentrale Grundmuster für soziale Beziehungen gelegt werden. Die Abteilung Jugend und Gesundheit hat hierfür eine abgestimmte, organisierte, strukturierte und ressortübergreifende Form der Zusammenarbeit aufgebaut. Ein Ergebnis ist die App „Gesundes Neukölln“. Sie unterstützt junge Familien, passende Angebote in Neukölln zu finden.

**Weiterführende Informationen:**  
[kurzelinks.de/nj95](http://kurzelinks.de/nj95)  
[kurzelinks.de/17hy](http://kurzelinks.de/17hy)



## Herne

In Herne wird mit dem Monitoringinstrument „Wie geht's dir? UWE“ erfasst, wie sich Umwelt, Wohlbefinden und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zueinander verhalten. Dazu kooperiert die Stadt mit der Ruhr Universität Bochum und adaptiert das kanadische Middle Years Development Instrument, um eine kleinräumige und institutionenscharfe Dauerbeobachtung der Lebensqualität und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen aufzubauen. Dazu wurden in den Herner Schulen die Jahrgangsstufen sieben und neun befragt. Als Ergebnis werden die Daten jeweils für die Schulen selbst pro Schulform für die Bezirke und für die Gesamtstadt aufbereitet. Zudem werden die Befunde in den Schulen und auf Sozialraumkonferenzen vorgestellt und diskutiert. Perspektivisch soll UWE das Herner Präventionsmonitoring erweitern und durch die aggregierten Daten auf Sozialraumebene quartiersspezifische Handlungsstrategien ermöglichen.

**Weiterführende Informationen:**

[kurzelinks.de/7dx7](https://kurzelinks.de/7dx7)

[kurzelinks.de/dsjd](https://kurzelinks.de/dsjd)

## Mönchengladbach

Seit 2012 gehört Mönchengladbach dem Landesprogramm „Präventionsketten NRW“ an. Hier ist die Stadt mit dem Präventionskonzept HOME (Hilfe und Orientierung für Mönchengladbacher Eltern) beteiligt. In bestimmten Stadtteilen werden Familien mit Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren unterstützt. HOME kooperiert mit den Angeboten für Frühe Hilfen, kommunaler Schulsozialarbeit, der Bildungsförderung an Grundschulen und den Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Es gibt eine Koordinierungsstelle.

**Weiterführende Informationen:**

[kurzelinks.de/14d3](https://kurzelinks.de/14d3)

## Nürnberg

Das Projekt „Gesundheit für alle im Stadtteil“ des Gesundheitsamts der Stadt Nürnberg zielt auf die Verbesserung gesundheitsrelevanter Lebensverhältnisse und gesundheitsbezogenen Verhaltens von Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen. Das Projekt wird von einem sechsköpfigen Team in vier ausgewählten Stadtteilen umgesetzt. Aus den erhobenen Bedarfen sowie quantitativen Daten zu den Stadtteilen wurden sogenannte Stadtteilgesundheitsprofile erstellt. Zur Entwicklung der Maßnahmen wurden partizipative Ansätze gewählt.

**Weiterführende Informationen:**

[kurzelinks.de/o2ok](https://kurzelinks.de/o2ok)

[kurzelinks.de/yhxx](https://kurzelinks.de/yhxx)

# Prävention im Sozialraum: Gesamtstädtisch planen, lokal umsetzen

Von Lukas Röber, Transferagentur für Großstädte

„Communities That Care“ (CTC) ist eine kommunale Präventionsstrategie, die zum Ziel hat, sichere und lebenswerte Umgebungen für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Der Ansatz wurde in den USA entwickelt und durch den Landespräventionsrat Niedersachsen auf Deutschland übertragen.

CTC bietet eine Methode an, mit der Kommunen ihre Präventionsarbeit langfristig planen und steuern können. Kern dieses Ansatzes ist, die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Organisationen sowie Bewohnerinnen und Bewohnern im Stadtteil zu verbessern, um ein gesundes Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen vor Ort zu unterstützen. Wissenschaftliche Erkenntnisse über Risiko- und Schutzfaktoren auf Stadtteilebene, die ein sicheres und gesundes Aufwachsen beeinflussen, werden mit Auswertungen lokaler Datenerhebungen zusammengebracht, um Präventionsaktivitäten zielgerecht und wirksam stadtteilbezogen zu planen

und umzusetzen. Dabei versuchen die Verantwortlichen von CTC, auf bestehende Netzwerke und Strukturen aufzubauen, anstatt Parallelstrukturen zu etablieren. Die Präventionsstrategie setzt in ihrer Umsetzung auf vier zentrale Säulen<sup>45</sup>:

- integrierter Handlungsansatz auf kommunaler Ebene
- belastbare ressortübergreifende sowie lokale Netzwerk- und Kooperationsstrukturen
- aktuelle Daten zu den Lebensräumen vor Ort
- lokale Aktionspläne zur Umsetzung der Präventionsmaßnahmen

## Fünf Phasen

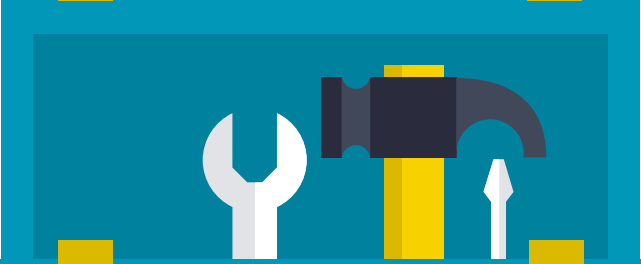
In der Theorie wird die Arbeit im Rahmen von CTC in fünf Phasen unterteilt und mit entsprechenden Zielen hinterlegt<sup>47</sup>:

### PHASE 1: CTC vorbereiten

- Rahmenbedingungen klären und zentrale Akteure einbinden
- Entwicklung einer Strategie mit entsprechenden Handlungsschwerpunkten für den gesamten Prozess
- Vorbereitung der CTC-Schülerinnen- und Schülerumfrage

### PHASE 2: CTC einführen und auf allen Ebenen Rückhalt schaffen

- Zusammensetzung und Etablierung einer CTC-Lenkungsgruppe sowie eines CTC-Gebietsteams
- Information und Einbindung der lokalen Ebene in den CTC-Prozess
- Durchführung der CTC-Schülerinnen- und Schülerumfrage



**Werkzeugkoffer<sup>46</sup>**

Für die Arbeit in den Kommunen hält CTC eine Palette an Instrumenten und Methoden bereit, die jeweils auf die kommunale Ausgangslage angepasst werden müssen:

- repräsentative Befragungen der Kinder und Jugendlichen vor Ort
- systematische Einbeziehung vorhandener Daten der Kommune
- festgelegte Phasen der Analyse und Umsetzung mit konkreten Meilensteinen sowie überprüfbaren Zielen
- lokale Aktionspläne
- Schulungen und Fortbildungen durch zertifizierte Trainerinnen und Trainer
- Methoden des Monitorings und der Evaluation der Umsetzung

**Es ist wie mit einer neuen Software: Ich gebe etwas hinein und bekomme eine Strategie gestrickt für den Stadtteil heraus, der mit seiner Hardware entsprechende Rahmenbedingungen vorgibt.**

Janina Hentschel,  
Leiterin der Präventionsstrategie CTC in Augsburg



### PHASE 3: Gebietsprofile erstellen

- Sammeln von Daten über Problemverhalten, Risikofaktoren und Schutzfaktoren im ausgewählten Gebiet
- Auswertung der Daten und Priorisierung von Risiko- und Schutzfaktoren im entsprechenden Gebiet
- Beschreibung und Analyse des bestehenden Präventionsangebots vor Ort
- Erstellung eines umfassenden CTC-Gebietsprofils unter Berücksichtigung der Handlungsbereiche Familie, Schule, Peers und Nachbarschaft

### PHASE 4: Aktionsplan erstellen

- Formulierung langfristiger Ziele, die auf Grundlage der Daten und im Hinblick auf Problemverhalten, Risiko- und Schutzfaktoren langfristig erreicht werden sollen
- Erstellung eines integrierten Aktionsplans, in dem alle Aktivitäten der Akteure und Einrichtungen in dem Gebiet abgestimmt sind
- Rückhalt für den konkreten CTC-Aktionsplan schaffen

### PHASE 5: Aktionsplan einführen

- Schaffung einer Organisationsstruktur für den Prozess, die die Einführung des Aktionsplans unterstützt
- Evaluation erster Ergebnisse und entsprechende Nachbesserung des CTC-Aktionsplans
- Langfristige Sicherung des Rückhalts für den CTC-Prozess vor Ort

# „Communities That Care“ in Augsburg



Von Lukas Röber, Transferagentur für Großstädte

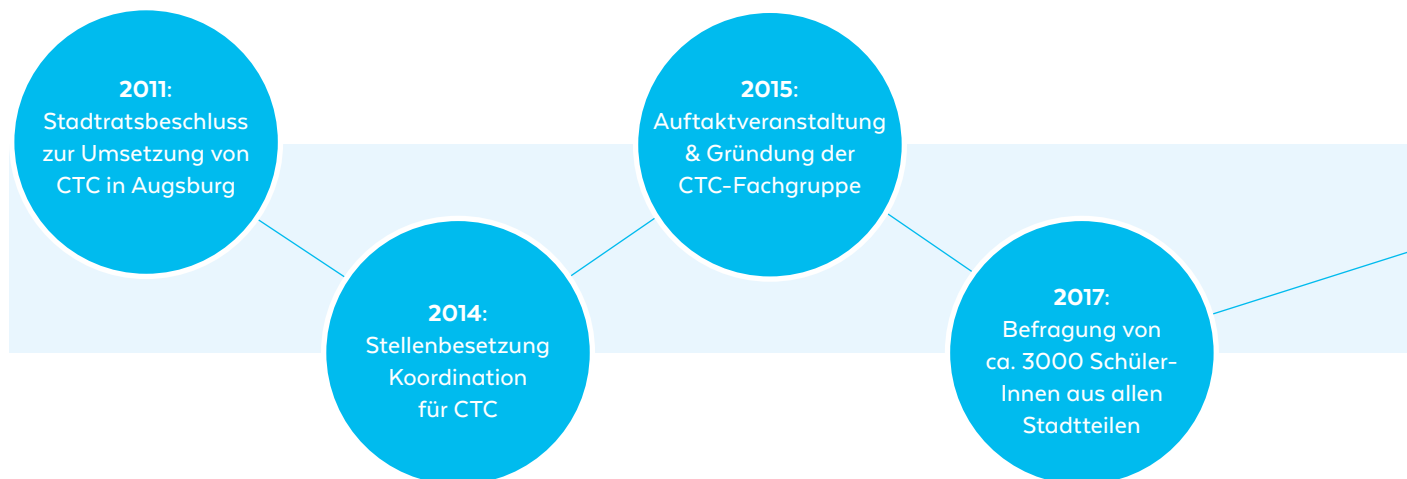
Als eine der ersten Großstädte hierzulande entschied sich Augsburg 2011 per Stadtratsbeschluss, ihre Präventionsarbeit anhand von „Communities That Care“ gesamtstädtisch weiterzuentwickeln. Die Kommune machte sich damit auf den Weg, eine langfristige Strategie zu entwerfen. Im Zentrum der Bemühungen stehen dabei die unmittelbaren Lebensräume der Kinder und Jugendlichen Augsburgs. Seit 2014 ist das Vorhaben mit einer Koordinationsstelle beim Büro für Kommunale Prävention ausgestattet. In diesem Jahr laufen die ersten passgenauen Programme vor Ort an. Wir haben uns den Entstehungs- und Umsetzungsprozess in Augsburg genauer angesehen.

## „Communities That Care“ in Augsburg

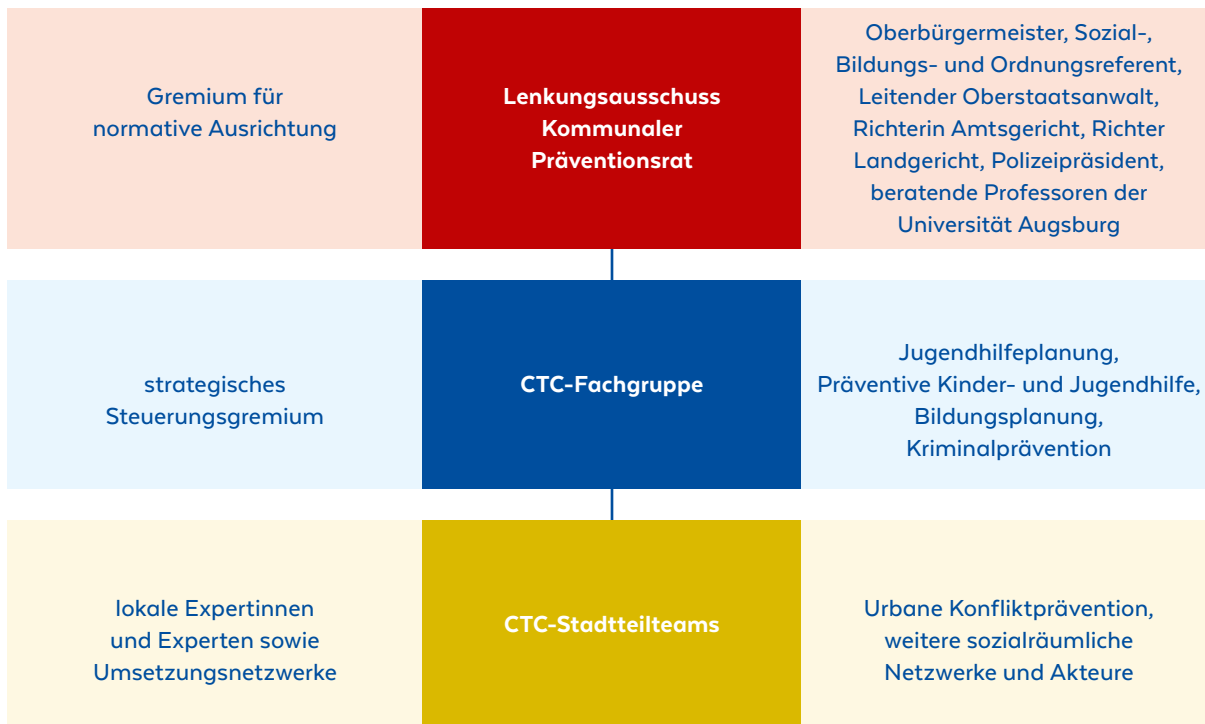
- eine der ersten Großstädte in Deutschland, die CTC gesamtstädtisch umsetzt
- die Programmleitung CTC ist im Büro für Kommunale Prävention angesiedelt, eine Stabstelle des Referats für Bürgerinnen- und Bürgerangelegenheiten, Ordnung, Personal, Digitalisierung und Organisation
- enge Verzahnung mit dem Kommunalen Präventionsrat (KPR) durch Zugriff auf das KPR-Lenkungsgremium
- als fachliches Steuerungsgremium dient die CTC-Fachgruppe, die alle für eine Präventionsstrategie zentralen Organisationseinheiten der Verwaltung bündelt
- in einem verwaltungsinternen Prozess wurde eine bereits bestehende, einheitliche räumliche Planungsgröße für die CTC-Strategie gewählt: die Sozialmonitoringbezirke
- die 24 Gebiete dienen auch den Augsburger Sozial- und Bildungsberichten als Grundlage

## Lessons Learned und Empfehlungen aus Augsburg

- Einbettung des CTC-Prozesses in bestehende Strukturen und Planungsprozesse, um eine ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Verwaltung zu vereinfachen
- Energie und Zeit einplanen, um alle wichtigen Akteure der Kommune von der Relevanz für die Stadt zu überzeugen (Readiness): Unterstützung sowohl in Politik und Verwaltung als auch in den Stadtteilen generieren
- Schulen als zentrale Akteure vor Ort ins Boot holen: z. B. schulspezifische Auswertungen der Datenlage zur Verfügung stellen
- kurze Abstimmungswege zwischen relevanten Akteuren
- gut durchdachte und möglichst kleinräumige Planungsgebiete auswählen: idealerweise auf etablierte und getestete Planungsgebiete zurückgreifen



Organisationsstruktur der CTC-spezifischen Gremien in Augsburg<sup>48</sup>



Weitere Informationen:

- [www.ctc-info.de](http://www.ctc-info.de)
- [www.augsburg.de/umwelt-soziales/kinder-und-jugendliche/communities-that-care](http://www.augsburg.de/umwelt-soziales/kinder-und-jugendliche/communities-that-care)
- CTC-Handbuch (2007): Arbeiten mit Communities That Care. Beumer, Marleen; Jonkmann, Harrie; Vergeer, Mieke; Landespräventionsrat Niedersachsen (Hrsg.), Hannover.
- [www.forum-kriminalpraevention.de/files/1Forum-kriminalpraevention-webseite/pdf/2018-03/ctc%20in%20Augsburg.pdf](http://www.forum-kriminalpraevention.de/files/1Forum-kriminalpraevention-webseite/pdf/2018-03/ctc%20in%20Augsburg.pdf)

**2018:**  
Fertigstellung  
CTC-Kommunal-  
bericht

**2019:**  
Übergabe von  
CTC-Schul-  
berichten

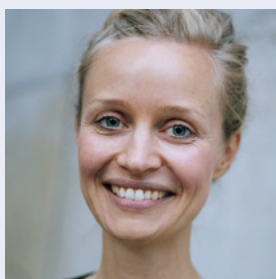
**2020:**  
Beginn der  
Umsetzung von  
Programmen

**2022:**  
voraussichtlich  
erneute stadtweite  
Befragung

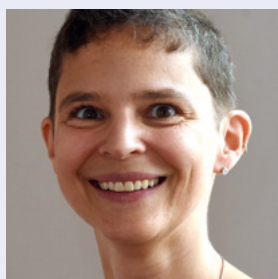
# „Communities That Care“ ist ein Zeichen für den kulturellen Wandel in der Verwaltung

Interview mit Janina Hentschel und Dr. Martina Schliessler, Stadt Augsburg

Wie Augsburg Prävention ganzheitlich denkt, individuell umsetzt und einen wichtigen Schritt Richtung Bildungsgerechtigkeit geht, erzählen Janina Hentschel, Leiterin der Präventionsstrategie „Communities That Care“ (CTC), und Dr. Martina Schliessler, Leiterin der Fachstelle Schulentwicklung und Bildung.



**Janina Hentschel**



**Martina Schliessler**

## Was macht den Ansatz „Communities That Care“ besonders?

**J. Hentschel:** Ein wichtiger Erfolgsfaktor, der sich von anderen Ansätzen unterscheidet, ist, dass wir die jeweilige Präventionsstrategie mit den Akteurinnen und Akteuren aus dem Stadtteil erarbeiten – sie wird deshalb auch dort mitgetragen.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass wir evidenzbasiert arbeiten. Wir implementieren nicht etwas, wovon wir denken, dass es gut passen könnte. Sondern wir wissen genau, dass dieses Präventionsangebot den Schutz- oder Risikofaktor A, B oder C bearbeitet. Und von den USA wissen wir: Jeder Dollar, den ich investiere, spart fünf Dollar am Ende ein, die ich in andere Maßnahmen stecken müsste. Das ist eine große Chance, weil es das Ganze von der politischen Seite her interessant macht.

## CTC verortet sich in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention, der Ansatz ist aber sehr breit aufgestellt. Wie arbeiten Sie mit dem Bereich Bildung zusammen?

**J. Hentschel:** Bildung ist ein zentraler Baustein, wenn es darum geht, das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Wir wissen, dass der Bildungserfolg mit vielen Aspekten zusammenhängt, einer davon ist die schulische Bindung. Allein dadurch, dass wir Schulberich-

te erstellen, anhand derer die Schulen individuelle Präventionsstrategien entwickeln können, gehen wir einen großen Schritt in Richtung Bildungsgerechtigkeit.

Aber Schule ist nicht alles. Wenn ein junger Mensch von seinen individuellen Faktoren her so gefördert wird, dass er sein Potenzial nutzen kann, Bindung erlebt, die über die familiäre hinausgeht, dann können viele Risikofaktoren kompensiert werden. Das ist eine große Chance, wenn wir uns anschauen, wie stark das Thema Bildungsgerechtigkeit immer noch mit sozialen Milieus und mit der Frage der Herkunft verknüpft ist. Mit CTC gehen wir diese Aspekte nach und nach an.

## Welche Schnittstellen gibt es zwischen dem Bildungsbüro und dem Büro für Kommunale Prävention?

**M. Schliessler:** Die größte ist inhaltlicher Art: Es geht darum Bildungsgerechtigkeit zu schaffen und Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Eine konkrete Schnittstelle ist der Arbeitskreis Schule-Prävention, den es bereits seit vier Jahren gibt. Ich bin mit zwei Hüten auf dem Kopf dort vertreten: als Verantwortliche des Bildungsbüros und -managements, aber auch als Vertreterin der Fachstelle Schulentwicklung und Bildung. Außerdem ist eine Kollegin aus der Jugendhilfe und eine aus dem Büro für Kommunale Prävention vertreten. Und in erweiterter Form trifft sich der Arbeitskreis mit Schulaufsicht und Lehrkräften. Gemeinsam schauen wir uns die Schulthesen an. Was wir als Bildungsbüro aus dieser Runde mitnehmen ist, dass wir um die Risiko- und Schutzfaktoren Bescheid wissen. Wenn wir außerschulische Maßnahmen beurteilen oder fördern, achten wir darauf, dass die Schutzfaktoren gestärkt und die Risikofaktoren geschwächt werden.

Eine weitere erfreuliche Schnittstelle ist ein kleines Budget, das wir haben, mit dem wir ganz konkret Präventionsangebote an Schulen finanziell unterstützen können.

Es gibt auch eine Fachgruppe innerhalb der Verwaltung, in der die Bildungsplanung mitdrinsitzt und als Schnitt-

stelle fungiert. Das heißt, wir wissen sehr gut voneinander und kommunizieren regelmäßig miteinander. Das ist sehr gewinnbringend aus Sicht des Bildungsmanagements. Denn wir schaffen Transparenz, wer an welchen Themen dran ist, so dass wir uns nicht gegenseitig auf die Füße steigen oder Doppelstrukturen aufbauen.

**Das ist ein Ziel des DKBM: parallele Koordinierungsstrukturen abzubauen. Wie haben Sie bei CTC versucht, diesem Phänomen vorzubeugen?**

**J. Hentschel:** Ich habe eine halbe Stelle für CTC und eine halbe Stelle für die Urbane Konfliktprävention. Dadurch ist das Wissen über die Stadteilnetzwerke in unserem Fachbereich recht hoch. Im Endeffekt haben wir auf diese Strukturen aufgebaut und keine Parallelstruktur entwickelt, sondern aus einem Gremium eine Expertenrunde gegründet, die sich immer wieder rückkoppelt mit einer Stadteilkonferenz, die von lokalen Akteurinnen und Akteuren geleitet wird.

**M. Schliessler:** Auch beim Monitoring bauen wir auf vorhandene Strukturen auf: Von unserem Bildungsplaner und -monitorer Klaus Maciol gibt es eine Kennzahlengruppe, die ins Leben gerufen wurde, um zu schauen, welche Fachbereiche auf welche Daten angewiesen sind. Hier gibt es eine erste Matrix, wo an vielen Stellen klar ist, dass CTC Daten liefert oder auf ähnliche Daten angewiesen ist, wie das Bildungsmonitoring. Die Idee ist nun, zu überlegen, wer welche Daten braucht und welche Daten wir gemeinsam benötigen, diese allen zur Verfügung zu stellen und zu verknüpfen mit entsprechenden Kennzahlen, um damit zu steuern.

**Das heißt: Einerseits liefert CTC Daten, die andere Abteilungen bereichern. Gleichzeitig bezieht CTC Daten aus dem Bildungsbereich, z. B. aus dem Monitoring?**

**J. Hentschel:** Bevor man die Faktoren priorisiert, ist ein Schritt im CTC-Gesamtprozess, die Sekundärdaten zu sichten zu den erhobenen Daten, vor allem wenn es um Schulabbruch geht. Ganz zentral sind aber die qualitativen Aussagen, die die Kinder und Jugendlichen selbst berichten. Das ist etwas, was uns häufig in der Diskussion in den Planungsprozessen fehlt und ist ein Pfund, mit dem CTC wuchern kann. Ich habe das Gefühl, dass gerade in die asynchronen Prozesse, die wir insgesamt haben, weil die Lobby für Kinder und Jugendliche insgesamt nicht so stark ist, durch CTC ein neuer Impuls hineinkommt, der auf keinem anderen Weg abgedeckt wird.

**Sie haben eine Reihe positiver Effekte von CTC beschrieben. Sicher begegnen Ihnen aber auch Herausforderungen bei Ihrer Arbeit?**

**M. Schliessler:** Die starren Strukturen der Schulen sind immer wieder herausfordernd, weil so viele verschiedene

**Ganz zentral sind [...] die Aussagen, die die Kinder und Jugendlichen selbst berichten. Das ist etwas, was uns häufig in der Diskussion in den Planungsprozessen fehlt und ist ein Pfund, mit dem CTC wuchern kann.**

**Janina Hentschel,**  
Leiterin der Präventionsstrategie CTC in Augsburg



Verantwortliche einbezogen werden müssen bis hin zum Ministerium. Wir haben zwar Glück, weil wir in Augsburg ein gutes Verhältnis haben zur staatlichen Schulaufsicht. Aber es ist nicht so einfach, unkompliziert in die Schulen hineinzukommen und auf Akzeptanz zu stoßen, was die Grundlage ist, um dort gut zu arbeiten.

**J. Hentschel:** Ein Beispiel: Wir sind jetzt an der Stelle, dass die Befragung der Schülerinnen und Schüler ausgewertet sind und wir nun in einem Stadtteil schauen, welche Präventionsangebote auf der Basis der priorisierten Risiko- und Schutzfaktoren vor Ort greifen könnten. Die Befragung ist aber davon abhängig, dass die Schulen mitwirken. Und es ist ein hoher Aufwand, Überzeugungsarbeit zu leisten. Ein zentraler Moment war, die Schulberichte zur Verfügung zu stellen, die aber jeweils nochmal extra Kosten mit sich bringen. Doch auch innerhalb der Schulstruktur war der zeitliche Aufwand enorm: So haben wir viel Energie darauf verwendet, mit einzelnen Lehrkräften auszuhandeln, wie die Teilnahme an der Befragung genau aussieht. Das bindet Kapazitäten und macht man nicht mit einer halben Stelle nebenbei, daher haben wir die Arbeitskraft immer wieder mit zusätzlichen Kapazitäten aufgestockt.

Und was man wissen muss: Kernaufgabe von CTC ist die stadteilbezogene Arbeit. Die Schulberichte und die Beratung dazu ist eine Aufgabe, der wir uns angenommen haben, die jedoch nicht Herzstück des CTC-Prozesses ist. Diesem geht es immer um den Stadtteil als Ganzes. Den Schulen haben wir einen Beratungstermin mit einer Person aus der Fachgruppe angeboten, um Orientierung zu geben, wie man als Schule auf der Basis des Berichts eine schulbezogene Präventionsstrategie erarbeiten kann. Da haben wir nur von zwei Schulen eine Rückmeldung bekommen. Und wir haben nicht die Kapazitäten,

um nachzuhaken, woran das liegt. Wenn wir da ran wollten, müssten wir mindestens eine Stelle schaffen, die sich ausschließlich mit dem Thema Schule und CTC befasst, was einen großen Sprung bei der Implementierung von schulbezogenen Präventionsstrategien bedeuten würde, weil Schulen eine große Verantwortung im Kontext von Prävention haben. In der Realität erleben wir, dass für Präventionsbeauftragte und Schulleitungen das Thema eines unter Tausenden ist. Viele können nicht mehr als zwei, drei Präventionsprojekte jedes Jahr, z. B. zu Drogen oder zu Kriminalität, leisten. Da ist unheimliches Potenzial.

**M. Schliessler:** Ein weiteres großes Thema generell ist, dass CTC, wenn es in Jugendämtern angesiedelt ist, als Querschnittsthema von Jugendhilfeplanung gedacht wird. In Augsburg ist dies nicht der Fall, aus vielerlei guten Gründen ist es beim Büro für Kommunale Prävention angesiedelt. Das erleben wir nicht immer als Vorteil, weil CTC an dieser Stelle besonderen Herausforderungen unterliegt, als Querschnittsthema im Bereich Jugendhilfe gedacht und ausgestattet zu werden.

**J. Hentschel:** Natürlich ist es immer leichter, wenn es in den Fachbereichen, in denen ich die größtmögliche Wirkung erzielen kann, ein Ownership für das Thema gibt. Gerade in Verwaltungsstrukturen, wo noch wenig in hybriden Projektstrukturen gearbeitet, sondern stark in Silos gedacht wird.

#### Wie sind Sie mit dieser Herausforderung umgegangen?

**J. Hentschel:** Wir haben durch eine Art Trick versucht, diese Struktur aufzubrechen, sind dann aber an den Dienstwegen gescheitert: Wir wollten eine Stadtteilkoordination für CTC schaffen, die beim Amt für Kinder, Jugend und Familie, also bei unserem Jugendamt im Präventionsbereich angesiedelt ist. So dass dort die Stadtteilkoordination und bei mir das Übergeordnete gelaufen wäre nach dem Vorbild der schwedischen Stadt Malmö: In jedem Fachbereich hat man dort eine Person, die für CTC zuständig ist und unterschiedliche Regionen betreut mit den dazugehörigen Stadtteilen. Das fand ich einen klugen Gedanken, als Querschnitt zu arbeiten und zu denken. Aber so weit ist die Verwaltung leider noch nicht. Alle in der Fachgruppe fanden die Idee zwar gut. Als es jedoch darum ging, diese Stelle auszuschreiben, wurde das Konstrukt in Frage gestellt, weil nicht greifbar wurde, wie die Aufteilung in Fach- und Dienstaufsicht in der Praxis ausgestaltet werden kann. Das ist in der Logik der Verwaltung absolut nachvollziehbar, bringt bei einem Prozess wie CTC jedoch große Hürden mit sich.

#### Was würden Sie anderen Kommunen auf den Weg geben, die CTC einzuführen wollen?

**J. Hentschel:** Was wir immer anführen ist, dass wir den Rückhalt in der Verwaltung, auf der politischen Ebene

und auch im Stadtteil brauchen. Das erreiche ich, wenn ich am Anfang viel Zeit in die Überzeugungsarbeit stecken kann, bevor man einen schnellen Beschluss herbeiführt. In Augsburg sind wir eventuell zu schnell ins Handeln gekommen, nachdem die CTC-Stelle besetzt war. Man hätte länger miteinander aushandeln können, sollen, müssen, wie das Ganze im Endeffekt aussehen und welchen Mehrwert CTC für die Kommune haben kann, wenn alle an einem Strang ziehen.

Grundsätzlich ist es absolut wichtig, dass das Verfahren an andere Planungsprozesse anknüpft und sich als Querschnittsthema versteht und man von Anfang an daran arbeitet, dass es zu einer Sache von allen wird.

**M. Schliessler:** Ich reite immer wieder drauf rum, aber das ist grundlegend: die politische Legitimation. Wenn das nicht von ganz oben gewollt ist, dann kann man tun und lassen, was man will, man wird nicht nur mit wenig, sondern mit gar keinen Ressourcen ausgestattet. Und was ganz entscheidend ist, wenn man sich auf den Weg macht: Man muss bereit sein, etwas einzusetzen – sei es Ressourcen wie Geld und Personal, aber auch den Mut, zu sagen, wir gehen aus der Versäulung der Verwaltung heraus und ermöglichen direkte Durchgänge. Darüber sollte man sich im Vorfeld bewusst sein. Ein Rezept für Erfolg ist ein kurzer Weg mit direkten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern. Das muss man nicht nur wollen, sondern auch wagen.

**J. Hentschel:** Das geht ja schon über CTC hinaus zu fragen: Wo steuert Verwaltung eigentlich hin? Kann Verwaltung ein Säulenmodell bleiben? Oder ist es Zeit, zu einer Arbeit zu kommen, die projektbezogen oder fach- oder themenbezogen läuft, um gesellschaftlichen Entwicklungen zu begegnen, wo eine ganz andere Haltung dahintersteht? Wenn dann die Augsburger Verwaltung als ein Unternehmen mit mehr als 6.000 Mitarbeitenden gedacht werden würde, das mit einer Stimme spricht, dann hätten wir allein schon deshalb eine Riesenkraft.

Das ist ein langer Prozess. Und ich denke, wir stehen ganz am Anfang. Es ist, denke ich, kein Zufall, dass Frau Schliessler und ich hier sitzen. Auch wenn es selbstverständlich Verwaltungsfachkräfte gibt, die sich ebenso grundlegende Änderungen wünschen und engagiert daran arbeiten. So gäbe es CTC in Augsburg nicht, wenn nicht die Leitung des Büros für Kommunale Prävention Diana Schubert die Strategie in unsere Stadt gebracht hätte. Doch unterliegen Verwaltungen in der Regel noch immer ihrer eigenen, nicht unbedingt innovationsfreundlichen Logik. Vorhaben wie CTC sind eine Frage des Willens und der Fähigkeit zu kulturellem Wandel innerhalb der Verwaltung und des Selbstverständnisses von kommunalem Handeln.

**Ein schönes Schlusswort, vielen Dank für das Gespräch!**



## Mythos Armutsprävention: „Mit Bildung lassen sich nur die Probleme lösen, die auch dadurch verursacht werden“

Von Dr. Anika Duveneck, Freie Universität Berlin

Die Forschung zu Bildungslandschaften zeigt, dass das Konzept auf überzeugenden Annahmen beruht. Sie sind so überzeugend, dass sie kaum hinterfragt werden. In der Praxis gehen sie so jedoch häufig nicht auf. Um die Ziele zu erreichen, braucht es mehr bzw. anderes Wissen! Hier widmen wir uns „Mythen“<sup>49</sup> im Feld der Bildungslandschaften und tragen Erkenntnisse aus zehn Jahren Forschung bei.



**Anika Duveneck** ist gelernte Diplom-Geografin und promovierte mit der vielbeachteten Arbeit „Bildungslandschaften verstehen – Zum Einfluss von Wettbewerbsbedingungen auf die Praxis“. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut Futur der FU Berlin und forscht zum Thema „Bildung und Kommune“. Zudem leitet sie das Projekt „Kompass Bildungslandschaften NRW“ mit und ist derzeit Geschäftsführerin des „Dialogforum Bildungslandschaften NRW“.

### Der Mythos

Bildung ist der Schlüssel, um Armut zu verhindern. Und Kommunen sind der Schlüssel, um dieses Potenzial zu entfalten.

### Die Annahmen

Gute Bildung ermöglicht den sozialen Aufstieg und verhindert, dass Menschen später Transferleistungen in Anspruch nehmen müssen. So lautet das Mantra der Bildungsrepublik: „Wohlstand für alle heißt heute Bildung für alle“.<sup>50</sup> Dass sich Investitionen in Bildung rentieren, belegen zahlreiche Studien: Im Modellprojekt zum „Guten Start ins Kinderleben“ heißt es etwa, dass „jeder in eine frühzeitige Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern investierte Euro im Lebensverlauf ein Vielfaches an Folgekosten einspart, die ohne diese Maßnahmen später mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten gewesen wären (z. B. Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder medizinische Leistungen)“. Die gezielte Förderung von Bildung wirke sich daher nicht nur positiv auf die Bildungssituation, sondern auch auf die Lebenslagen junger Menschen aus.

Das präventive Potenzial von Bildung kann besonders dann ausgeschöpft werden, wenn Angebote systematisch abgestimmt sind, und zwar aufeinander, auf die Bedürfnisse der jungen Menschen und auf die konkrete Situation vor Ort. Kommunen können an dieser Stelle einen starken Beitrag für fachlich sinnvolles Handeln leisten. Die Vernetzung niedrigschwelliger Angebote im Sozialraum verspricht eine Senkung der stark angestiegenen Kosten für die Hilfen zur Erziehung (HzE) und erlaubt, dass freiwerdende Mittel fachlich sinnvoll eingesetzt werden können. Davon profitieren alle Beteiligten.

## So hoch die Erwartungen, so enttäuschend die Erfahrungen: Bildungslandschaften weisen keine Auswirkungen auf die Lebenslagen junger Menschen auf.

Anika Duveneck,  
FU Berlin



### Die Erfahrungen

So hoch die Erwartungen, so enttäuschend die Erfahrungen: Bildungslandschaften weisen keine Auswirkungen auf die Lebenslagen junger Menschen auf. Auch ein Abbau sozialer Benachteiligung lässt sich nicht nachweisen. Vielmehr gibt es Hinweise darauf, dass sich bestehende Ungleichheiten trotz des Aufbaus von kommunalen Bildungslandschaften eher verstärken als ausgeglichen werden.<sup>51</sup> Die angestrebten Einsparungen von Kosten rufen u. a. Kritik aus der Jugendhilfe hervor, da Hilfen zur Erziehung im Gegensatz zu niedrigschwelligen Bildungsangeboten nicht an die kommunale Haushaltslage gekoppelt sind und dem Kostenspardruck zum Opfer fallen können. Und inwiefern Bildungslandschaften langfristig einen Beitrag zur Prävention von Armut leisten, lässt sich allein methodisch nicht absehen.

### Die Gründe

Armut und soziale Benachteiligung sind äußerst komplexe Phänomene, auf die eine Vielzahl von Faktoren einwirken. Der Wirkungsbereich von Bildung ist dabei sehr begrenzt: Mit Bildung lassen sich nur die Probleme lösen, die auch dadurch verursacht werden. Mit Blick auf die hohe soziale Selektivität an den Übergängen oder fehlende Daten, die ein gezieltes Eingehen auf soziale Problemlagen erlauben, ist das nicht wenig. Soziale Rahmenbedingungen – wie etwa der Umbau des Wohlfahrtsstaats – haben jedoch ungleich größeren Einfluss auf Armut als Maßnahmen auf lokaler Ebene. Zudem zeigen Forschungsarbeiten, dass diese übergeordneten Rahmenbedingungen auch die Umsetzung kommunaler Bildungslandschaften prägen, und erklären, warum soziale Ungleichheiten in der Praxis nicht abgeschwächt, sondern sogar verstärkt werden.<sup>52</sup>

Verstärkend kommt hinzu, dass es derzeit noch nicht genug Wissen über die grundlegenden Wirkbeziehungen zwischen Bildung, Armut und Kommune gibt. Die Grundlagen für ein wirksames Vorgehen vor Ort müssen erst erarbeitet und jeweils an die lokalen Handlungskontexte angepasst werden.<sup>53</sup> Damit die Potenziale von Bildungslandschaften zur Verhinderung von Armut tatsächlich entfaltet werden können, ist somit vor allem erstmal eines gefragt: Wissensarbeit.

### Der Ausblick

Mit dem Wissen von heute wird deutlich, wo das große Potenzial von Bildungslandschaften steckt: Sie sind keine Schlüssel, um das präventive Potenzial von Bildung direkt zu entfalten, sondern bieten erstmalig Anlässe für Auseinandersetzungen mit dem Zusammenhang zwischen Armut, Bildung und Kommune, die vor der Einrichtung von Strukturen eines kommunalen Bildungsmanagements (DKBM) fehlten. Auf Grundlage dieser Wissensarbeit können realistische Erwartungen formuliert und wirksame Interventionen erarbeitet werden. Diese Erkenntnis ist den anfänglichen Annahmen zu verdanken, die viele Akteurinnen und Akteure motiviert haben, sich auf den Weg zu machen. Was auf dem Wege der Wissensarbeit möglich ist, gilt es nun herauszufinden.



## Anstelle eines Fazits

Bei der strukturellen Bekämpfung von Kinderarmut ist insbesondere die bundes- und landespolitische Ebene aufgefordert zu handeln. Dennoch ist die Kommune der Ort, von dem aus zentrale Impulse zur Prävention von Kinder- und Jugendarmut ausgehen können, wie die einzelnen Beiträge des Dossiers verdeutlichen. Und es ist der Ort, wo „sich zielgruppen- und sozialraumorientiertes Handeln rechtskreis- und institutionenübergreifend

ausgestalten und hinsichtlich der Ergebnisse und der Wirksamkeit beobachten und bewerten“<sup>54</sup> lassen. Wir möchten Sie daher mit den mutmachenden Eindrücken einer Person verabschieden, die am Großstadtnetzwerk der Transferagentur für Großstädte zum Thema „Kommunale Prävention als Gegenstand des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement“ 2019 in Duisburg teilgenommen hat.

**Auf dem Heimweg ist mir sehr viel durch den Kopf gegangen in Bezug auf die mehrfach vorgetragene Einschätzung, dass wir als Kommune nicht viel an Armutslebenslagen und an der Zahl von armen Familien ändern können. Bezogen auf die materielle Seite von Armut liegt dort auch nicht die Zuständigkeit. Aber wenn man die Kommune als den Ort versteht, an dem sich das Leben konkret abspielt und an dem Lebenswirklichkeit gestaltet wird, [...] müssen wir diese Einschätzung vielleicht nochmal kritisch unter die Lupe nehmen und weiter nach Lösungsansätzen suchen.**

Teilnehmende Person des Großstadtnetzwerks

“

## Endnoten

- 1 Bertelsmann Stiftung (2020) (Hrsg.): Materielle Unterversorgung von Kindern. Gütersloh.
- 2 Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamts von 2018–2019. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Zahlen in der Corona-Krise noch weiter gestiegen sind.
- 3 Die Zeit vom 10.06.2020, S. 27.
- 4 Daniel März (2017): Kinderarmut in Deutschland und die Gründe für ihre Unsichtbarkeit. Weinheim und Basel, Beltz Juventa.
- 5 Ebenda, S. 14.
- 6 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2018): Bildung in Deutschland 2018 - Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung.
- 7 Aladin El-Mafaalani; Klaus Peter Strohmaier (2015): Segregation und Lebenswelt. Die räumliche Dimension sozialer Ungleichheit. In: El-Mafaalani, Aladin; Kurtenbach, Sebastian; Strohmaier, Klaus Peter (Hrsg.): Auf die Adresse kommt es an...: Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen, S. 18–42. Weinheim und Basel, Beltz Juventa.
- 8 Abbildung 1: Allgemeine Armutsgefährdungsquote in den 15 größten Städten Deutschlands. Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Katapult (2019): Die kranke Stadt. Die hier präsentierte Abbildung zeigt die allgemeine Armutsgefährdungsquote in den 15 größten Städten Deutschlands im Jahr 2018. Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung. Daten von statista.com.
- 9 Eva Reichwein (2012): Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland. Lebenslagen, gesellschaftliche Wahrnehmung und Sozialpolitik. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- 10 Richard Hauser (1989): Entwicklungstendenzen der Armut in der Bundesrepublik Deutschland. In: Dieter Döring; Richard Hauser (Hrsg.): Politische Kultur und Sozialpolitik. Frankfurt a.M. und New York: Campus Verlag.
- 11 Jutta Allmendinger (1999): Bildungsarmut - zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. In: Soziale Welt, Jg. 50, H. 1. S. 35–50.
- 12 Lisa Damaschke-Deitrick (2015): Die Europäisierung der Bildungs-Armutspolitik auf lokaler Ebene, S. 98.
- 13 Abbildung 2: Sozialpolitische und bildungspolitische Kompetenzverteilung im Mehrebenensystem. Quelle: Lisa Damaschke-Deitrick (2015): Die Europäisierung der Bildungs-Armutspolitik auf lokaler Ebene, S. 31; hier um weitere zentrale Aspekte ergänzt.
- 14 Christoph Butterwegge (2007): Ursachen von und Maßnahmen gegen Kinderarmut. In: Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.): Kinderreport Deutschland 2007. Daten, Fakten, Hintergründe. Freiburg: Velber, S. 177–184.
- 15 Siehe genauer: Daniel März (2017) a. a. O., insb. Kapitel 7.
- 16 Franz-Xaver Kaufmann (2008): Eltern und Kinder in den Spannungsfeldern gefährdeter Sozialstaatlichkeit. In: Anton Rauscher (Hrsg.): Verspielen wir unsere Zukunft? Die Familienpolitik am Wendepunkt. Köln: J. P. Bachem Verlag, S. 104.
- 17 Heiner Brülle; Rabea Krättschmer-Hahn (2019): Dimensionen kommunaler Armutspolitik. In: Petra Böhnke; Jörg Dittmann; Jan Goebel (Hrsg.): Handbuch Armut: Ursachen, Trends, Maßnahmen. Bundeszentrale für politische Bildung, S. 309–319.
- 18 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2019): Kommunalen Finanzreport.
- 19 Städtetag aktuell (04/2020): <https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Staedtetag-aktuell/2020/staedtetag-aktuell-4-2020.pdf>
- 20 Norbert Sendzik (2020): Zwischen Wandel und Stabilität. Die Rolle von Regionalen Bildungsbüros beim Abbau von Bildungsungleichheit. Kiel, Hamburg: ZBW – Leibniz Information.
- 21 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2018): Monitor Nachhaltige Kommune Bericht 2018. Schwerpunkt Armut, S. 10.
- 22 Ebenda, S. 9.
- 23 Abbildung 3: Befragung von Dezernenten und Dezernentinnen 2016: Wie bewerten Sie den Stellenwert von Prävention? Quelle: Bertelsmann Stiftung (2016): Die Wirkungsweise kommunaler Prävention: Zusammenfassender Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung. Kein Kind zurücklassen, S. 34.
- 24 Quelle: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks; Kolja Briedis et al. (2014): Berufswunsch Wissenschaft; Kooperationsprojekt Absolventenstudien 2016, 2014: Nationaler Bildungsbericht 2016; Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017; Statistisches Bundesamt (mehrere Jahre). Hier Hochschulbildungsreport 2020, <https://www.hochschulbildungsreport2020.de/chancen-fuer-nichtakademikerkinder>.
- 25 Norbert Sendzik (2020): a.a.O., S. 8.
- 26 Siehe Themendossier der Transferagentur für Großstädte „Integrierte Planung kommunaler Bildungslandschaften“. [www.transferagentur-grossstaedte.de/sites/default/files/201023\\_dossier\\_08\\_web\\_1.pdf](http://www.transferagentur-grossstaedte.de/sites/default/files/201023_dossier_08_web_1.pdf)
- 27 Vgl. Mikrozensus (2018)
- 28 Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt (2019): Kinder- und Jugendarmut begegnen - Kommunen, das Land NRW und der Bund sind gefordert. Impulspapier des LVR-Landesjugendhilfeausschusses Rheinland. Beschlossen am 29.11.2018. Köln, S. 3f.
- 29 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht – Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.
- 30 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (2015): Positionspapier Integrierte Gesamtkonzepte kommunaler Prävention. Düsseldorf.
- 31 Abbildung 1: Quelle: LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut (2019).
- 32 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (2015): Positionspapier Integrierte Gesamtkonzepte kommunaler Prävention. Düsseldorf, S. 12.
- 33 Kein Kind zurücklassen. Der Qualitätsrahmen zum Aufbau einer Präventionskette.
- 34 Norbert Sendzik (2020): a.a.O., S. 7.
- 35 Ebenda, S. 8.
- 36 Bundesregierung (2001): Lebenslagen in Deutschland. Erster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Drucksache 14/5990.
- 37 Andreas Klocke (2001): Armut bei Kindern und Jugendlichen und die Auswirkungen auf die Gesundheit. In: Robert Koch-Institut (Hrsg.), Gesundheitsberichterstattung des Bundes.
- 38 Ursula Mangelsdorff (2008): Armut macht krank. In: Birgit Herz (Hrsg.): Kinderarmut und Bildung. Armutslagen in Hamburg. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 111–125.
- 39 Andreas Klocke; Thomas Lampert (2005): Armut bei Kindern und Jugendlichen. Robert Koch-Institut. Berlin.
- 40 Bärbel-Mario Kurth (2008): Wie geht es unseren Kindern? Ergebnisse aus dem bundesweit repräsentativen Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS). In: Hans Bertram (Hrsg.): Mittelmass für Kinder. Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland. Orig.-Ausg. München: Beck, S. 115.
- 41 [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie\\_WB\\_Armutfolgen\\_fuer\\_Kinder\\_und\\_Jugendliche\\_2016.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_WB_Armutfolgen_fuer_Kinder_und_Jugendliche_2016.pdf); DAK Kinder- und Jugendreport 2018 <https://www.dak.de/dak/download/kinder-und-jugendreport-2104098.pdf>
- 42 Antje Richter (2010): Armutsprävention - Ein Auftrag für die Gesundheitsförderung. In: Margherita Zander (Hrsg.): Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis (2. Aufl.), VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 202.
- 43 Quelle: Für den Beitrag adaptierte und angepasste Version. Original Antje Richter (2010), a. a. O., S. 202.
- 44 Die Unterstützung entlang der Präventionskette endet nicht zwingend mit der Volljährigkeit. Hauptkriterium kann durchaus der erfolgreiche Einstieg in den Beruf bzw. die Berufsausbildung sein.
- 45 <https://www.ctc-info.de/>
- 46 [https://www.augsburg.de/fileadmin/user\\_upload/umwelt\\_soziales/soziales/kinder\\_und\\_jugend/CTC/Communities\\_That\\_Care\\_Faltblatt.pdf](https://www.augsburg.de/fileadmin/user_upload/umwelt_soziales/soziales/kinder_und_jugend/CTC/Communities_That_Care_Faltblatt.pdf)
- 47 <https://www.ctc-info.de/nano.cms/ctc-phasenmodell> & [https://www.augsburg.de/fileadmin/user\\_upload/umwelt\\_soziales/soziales/kinder\\_und\\_jugend/CTC/Communities\\_That\\_Care\\_Faltblatt.pdf](https://www.augsburg.de/fileadmin/user_upload/umwelt_soziales/soziales/kinder_und_jugend/CTC/Communities_That_Care_Faltblatt.pdf)
- 48 <https://www.forum-kriminalpraevention.de/files/1Forum-kriminalpraeventionwebseite/pdf/2018-03/ctc%20in%20Augsburg.pdf>
- 49 Das Konzept der „Mythen“ haben Stolz et al. 2011 aus dem Neoinstitutionalismus in die Debatte um Bildungslandschaften eingeführt, Stefanie Schmachtel hat es weiterentwickelt. Mehr dazu unter Stefanie Schmachtel (2019): Die Sache mit den ‚Mythen‘ bezüglich des weiten Bildungsbegriffs. Blogbeitrag auf <http://www.neuordnungen.he-hosting.de/2019/04/29/stefanies-input/>
- 50 Angela Merkel (2008): Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf der Festveranstaltung „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ am 12. Juni 2008 in Berlin.
- 51 Zur Vertiefung hier Norbert Sendzik (2020): Zwischen Wandel und Stabilität. Die Rolle von Regionalen Bildungsbüros beim Abbau von Bildungsungleichheit. Kiel, Hamburg: ZBW – Leibniz Information (hier S. 79).
- 52 Vgl. Anika Duveneck (2016): Bildungslandschaften verstehen. Zum Einfluss von Wettbewerbsbedingungen auf die Praxis. 1. Aufl. Weinheim, Bergstr.: Beltz Juventa (Edition Soziale Arbeit).
- 53 Vgl. Sebastian Niedlich (2020): Neue Ordnung der Bildung. Zur Steuerungslogik der Regionalisierung im deutschen Bildungssystem. Wiesbaden: Springer VS (Educational Governance, Band 49), S. 410.
- 54 Heiner Brülle; Rabea Krättschmer-Hahn (2019): Dimensionen kommunaler Armutspolitik. In: Petra Böhnke; Jörg Dittmann; Jan Goebel (Hrsg.): Handbuch Armut: Ursachen, Trends, Maßnahmen. Bundeszentrale für politische Bildung, S. 317.



A series of horizontal dotted lines spanning the width of the page, providing a guide for handwriting practice. There are 20 lines in total, evenly spaced from top to bottom.

Handwriting practice lines consisting of 20 horizontal dotted lines.



Handwriting practice lines consisting of 20 horizontal dotted lines.



